

Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken am 12./13. Dezember 2015 in Köln

BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken

Auf dem Weg in die Barbarei

60 Millionen Menschen waren Ende 2014 weltweit auf der Flucht. Mehr als 90 Prozent von ihnen bleiben in den ärmsten Ländern. Nur ein Teil versucht überhaupt, nach Europa zu kommen. ~~und~~ Nur ein Bruchteil gelangt an die europäischen Außengrenzen. Und selbst sie sind im kapitalistischen Zentrum EU-Europa nicht willkommen.

2015 zeigte EU-Europa der Welt sein tödliches Gesicht: Wir sahen Bilder von blutverschmierten Menschen, die Stacheldrahtzäune an den Grenzen Ungarns zu überwinden versuchten; brutale Polizeieinsätze, die die Menschen davon abhalten sollten, den Boden EU-Europas zu betreten. Das Foto eines auf der Flucht ertrunkenen syrischen Kindes ging um die Welt. Seit Jahren sieht EU-Europa zu, wie Tausende im Mittelmeer ertrinken.

Ende des Jahres 2014 wurde das italienische Seenotrettungsprogramm »Mare Nostrum«, mit dem über 150.000 Menschen gerettet werden konnten, wegen Geldmangel eingestellt. Der deutsche Innenminister Thomas de Maizière bezeichnete Seenotrettungsprogramme gar als »Beihilfe für Schlepper«. Es folgte die »Triton«-Mission der EU-Grenzschutzagentur Frontex, die im Rahmen der Grenzsicherung nur küstennah in Seenot geratene Flüchtlinge aufnahm. Wie zu befürchten war, ertranken im Frühjahr 2015 immer wieder hunderte Menschen auf der Flucht. Erst als am 19. April 2015 ein Flüchtlingsboot mit über 700 Menschen kenterte und nahezu alle starben, wurde die Grenzsicherungsmission »Triton« für die Seenotrettung materiell, personell und finanziell aufgestockt und der Rettung von Flüchtlingen eine begrenzt größere Bedeutung zugemessen.

Zehntausende von Geflüchteten wurden auf dem Mittelmeer, vor der libyschen Küste oder vor der griechischen Insel Lesbos, von privaten Initiativen wie Sea watch oder völlig unzureichend ausgerüsteten Handelsschiffen aus dem Wasser gezogen. Von den Frontex-Booten war dort nichts zu sehen. Mindestens 560.000 Menschen hatten bis Ende Oktober 2015 versucht, EU-Europa über das Mittelmeer zu erreichen. Viele tausend ertranken dabei, viele werden noch immer vermisst.

Mitte September 2015 eskalierte die Situation in Ungarn und an den ungarischen EU-Außengrenzen. Wasserwerfer- und Pfeffersprayangriffe hinderten Flüchtlinge am Überschreiten der Grenze. Als Mitglied des Schengener Abkommens ist Ungarn verpflichtet, seine Außengrenzen zu sichern und dicht zu machen. Im Gegenzug wurde darin vereinbart, dass die Grenzsicherungen der Binnengrenzen entfallen. Das faschistoid regierte Ungarn, über das Tausende Menschen aus Syrien oder Afghanistan in die EU flüchteten, änderte seine Verfassung, um den Einsatz von Soldat*innen im Inland zu ermöglichen, und es baute Grenzzäune, die mit NATO-Stacheldraht gesichert sind, dessen Metallklingen tiefe Schnittwunden verursachen. Ähnlich gefährliche Grenzzäune stehen seit Jahrzehnten an den Grenzen der spanischen Enklaven Melilla und Ceuta auf dem afrikanischen Kontinent. Viele Flüchtende, die versuchen, sie zu überwinden, werden verletzt oder getötet.

In Deutschland brannten im Sommer 2015, 23 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen, nahezu überall in Deutschland wieder Flüchtlingsheime, nicht nur leere zur Nutzung vorgesehene oder im Umbau befindliche Gebäude, sondern auch bewohnte. Zuvor war monatelang Rassismus als »Asylkritik« verharmlost worden und sogenannte »Wutbürger*innen« wurden von Politiker*innen so verständnisvoll (»berechtigte Sorgen«) umsorgt, als seien sie kranke Kinder.

Dem Image des »Standorts« Deutschland drohte Gefahr. So ließ die deutsche Bundeskanzlerin angesichts der Eskalation der Gewalt gegen die Geflüchteten in Ungarn, und bevor Hass und Gewalt im eigenen Land vollends außer Kontrolle gerieten, Flüchtlinge, die Ungarn erreicht hatten, Anfang September 2015 nach Deutschland einreisen. Tausende von syrischen und afghanischen Geflüchteten erreichten so innerhalb weniger Tage die BRD. Viele Einwohner*innen Deutschlands, unter ihnen viele Migrant*innen, halfen den Geflüchteten bei der Ankunft an den Bahnhöfen. Sie helfen bis heute, das Versagen staatlicher Organisation zu mildern.

Nach einer kurzen freundlichen Phase (Bilder große Kinderaugen und erschöpfter Frauen, empathische Schilderung von Einzelschicksalen usw) folgte eine Änderung der Sprachregelung: Aus Menschen in großer Not wurde eine »Katastrophe«, eine »Lawine« und schließlich die »Flüchtlingskrise«. Dass es sich hingegen um offenen Rassismus und um einen am Nutzen orientierten Umgang mit Menschen in Not handelt fand keinen Eingang in die tägliche Mediensprache.

Weil viele der Menschen über Österreich einreisten, führte die BRD wieder Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze ein. CDU/CSU-Politiker*innen schlugen eine Masseninternierung in »Transitzonen« zwischen Deutschland und Österreich vor. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) Rainer Wendt forderte den Bau eines Zauns entlang der deutschen Grenze. Und schließlich empfahl Winfried Kretschmann, grüner Ministerpräsident Baden-Württembergs, Geflüchtete wie Waren zu verschieben: gegen Bezahlung sollten ostdeutsche Bundesländer überdurchschnittlich viele Flüchtlinge unterbringen.

Überdeckt vom nationalistischen Appell der Kanzlerin (»Wir schaffen das«) wurden die kläglichen Überreste des Rechts auf Asyl im Herbst 2015 weiter eingeschränkt: innerhalb von nur sechs Wochen wurde die Gesetzesänderung durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht. 1993 hatte die SPD der Grundgesetzänderung zur faktischen Abschaffung des Asylrechts zugestimmt. Im Oktober 2015 unterstützte die Bundestagsfraktion der Grünen Asylrechtsverschärfungen, in dem sich die Mehrheit der Fraktion enthielt und nur 10 Abgeordnete dagegen stimmten. Nur die Fraktion der Linkspartei lehnte die Gesetzesänderung ab. Ohne die Zustimmung der Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg, in denen die Grünen mitregieren, wäre das Gesetz im Bundesrat gescheitert.

Zuvor hatten die grünen Partei- und Fraktionsvorsitzenden auf Bundesebene, der grüne Ministerpräsident Kretschmann und die stellvertretenden grünen Ministerpräsidenten in den Ländern die Gesetzesverschärfungen als »tragfähige Grundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren« bezeichnet. Schon 2014 hatte sich diese neue grünen asylrechtsfeindliche Haltung abgezeichnet, als Kretschmann – damals noch im Alleingang –, im Bundesrat der Ausweitung der Liste der »sicheren« Herkunftsstaaten zustimmte.

Seit dem 24. Oktober 2015 gelten, nach dem weiteren Abbau des Asylrechts, die sog. Balkanländer Albanien, Kosovo und Montenegro als »sichere Herkunftsländer«. Damit können – »Balkan« steht dafür als Chiffre –, Roma und Sinti noch schneller abgeschoben werden. Die im Grundgesetz jetzt noch festgeschriebene individuelle Einzelprüfung für sie

und andere dort verfolgte Menschen wird es nicht mehr geben. Asylbewerber*innen, die in Aufnahmeeinrichtungen oder Sammelunterkünften leben, sollen nur noch Sachleistungen erhalten, das Taschengeld, das als soziokulturelles Existenzminimum gilt, kann gestrichen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat genau dieses Vorgehen 2012 als verfassungswidrig beurteilt. Wer in der BRD nur »geduldet« ist, bekommt noch weniger als die geringen Hartz IV-Sätze. Abschiebungen werden in der BRD nicht mehr angekündigt. Geflüchtete, die es nach Deutschland geschafft haben, sollen noch schlechter behandelt und rasch sortiert werden, um möglichst viele von ihnen abzuschieben.

Tausende von ehrenamtlichen Helfer*innen kümmern sich täglich um die Geflüchteten und mildern die völlig unzureichende staatliche Hilfe und fehlende Organisation. Aber ihr Tun übertüncht auch das Versagen des Staatsapparates und entlastet die staatlichen Strukturen, die sich nun aufmachen, die verschärfte Gesetzeslage möglichst schnell und effizient umzusetzen. Zuwanderung soll grundsätzlich nach kapitalistischen Verwertungsinteressen erfolgen, so und nur so sind Forderungen zu verstehen, »legale Einwanderungsmöglichkeiten« nach Deutschland zu schaffen.

Anfang November 2015 beschloss die deutsche Regierung die Einrichtung von sogenannten Registrierzentren, in denen – wie an Flughäfen schon jahrelang praktiziert – die Bundespolizei und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) innerhalb von Tagen im Schnellverfahren darüber entscheiden, ob jemand einen Anspruch auf Asyl hat oder ggf. sofort abgeschoben werden kann. Bayern eröffnete bereits im September 2015 in Manching und Bamberg erste Abschiebezentren für Geflüchtete aus sogenannten Balkanländern. Im von SPD und Grünen regierten Baden-Württemberg wird in Registrierungszentralen wie in Heidelberg, im Schnellverfahren über die Chancen eines Asylantrags entschieden. Ähnliche Einrichtungen, »Hot Spots« genannt, sollen in Italien und Griechenland aufgebaut werden.

Allen voran forderte die bayerische CSU eine Obergrenze für Geflüchtete. Sie ignoriert damit das im Grundgesetz verbriefte individuelle Recht auf Asyl und die Europäische Menschenrechtskonvention. Im November 2015 wurde die »Obergrenze« in »feste Kontingente« umbenannt. Um die durchzusetzen, müssen Grenzen abgeschottet und – entgegen der Genfer Flüchtlingskonvention –, Flüchtlinge an den Grenzen zurückgewiesen werden.

Thomas Oppermann, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, plädierte Mitte November 2015 für jährlich festgelegte Kontingente. Bis dahin hatte sich die SPD, wie die CDU-Kanzlerin, gegen die rechtswidrige Obergrenze ausgesprochen. Auch Oskar Lafontaine (Linkspartei) befürwortet eine Obergrenze für Geflüchtete. 1993 war Lafontaine als SPD-Parteivorsitzender und Bundesratspräsident maßgeblich an der Demontage des Asylrechts im Grundgesetz beteiligt. Manche Politiker*innen der Linkspartei distanzieren sich von ihm, aber andere, nicht nur z. B. Sarah Wagenknecht, bleiben auffällig stumm. Auch der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, und der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, wollen die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge begrenzen. Ihnen widersprach der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoglu.

Die Situation in der Region um Ungarn, Serbien, Kroatien und Slowenien spitzt sich immer weiter zu, immer mehr Grenzen werden geschlossen. Tausende Flüchtlinge bleiben trotz schlechten Wetters ohne Versorgung und werden zu noch gefährlicheren Fluchtrouten gezwungen. Panzer und Soldat*innen stehen in Slowenien seit Mitte Oktober 2015 an den Grenzen, wo Geflüchtete von berittener Polizei in Lager eskortiert werden. In Tschechien werden Geflüchtete inhaftiert, sogar Kinder. Österreich baute einen 3,7 km langen Zaun an

der slowenischen Grenze, als ob damit auch nur ein einziger Mensch von der Flucht – dann eben auf anderen Wegen –, abgehalten werden kann.

Rassismus dient weltweit der kapitalistischen Herrschaftssicherung und der Abschottung kapitalistischer Zentren. Auch in anderen EU-Staaten werden die nationalen Asylgesetzgebungen verschärft. Die EU steckt Millionen Euro in die Hochrüstung der Außengrenzen des Schengenraumes. Allein für Forschungsprojekte zur Grenzsicherung wurden zwischen 2002 und 2013 mindestens 230 Millionen Euro aufgewendet. Das Frontex-Budget wurde von 6,1 Millionen Euro in 2005 um das 16-fache erhöht: auf knapp 100 Millionen Euro in 2014. Die Abschottung der EU-Außengrenzen kostete seit 2000 insgesamt mehr als 1,6 Milliarden Euro. Für Abschiebungen gaben die EU-Staaten, die Schweiz und Norwegen mehr als 11 Milliarden Euro aus.

Geflüchtete sollen diese Grenzen aber besser gar nicht erst erreichen. Die Verhandlungen der EU mit der Türkei im Oktober 2015 zielten darauf, Geflüchtete möglichst an der Ostgrenze der Türkei am Aufbruch Richtung EU-Europa zu hindern. Der türkische Diktator Erdogan, der mit Gewalt gegen Oppositionelle und Kurd*innen vorgeht, soll für 3 Milliarden Euro die Türkei zu einem Vorposten gegen Flüchtlinge aufrüsten. Kurz nach der Einigung wurden die ersten 1300 Geflüchteten festgenommen. Das türkische Militär nutzt den Einsatz gegen den IS in Syrien auch, um kurdische Orte wie das syrische Dorf Sor Maghar nahe Kobane oder kurdische Orte in der Türkei wie Nusaybin anzugreifen. Die überwiegend kurdisch bewohnte türkische Stadt Cizre an der Grenze zu Syrien und dem Irak wurde vom türkischen Militär wochenlang belagert und beherrscht.

Die EU hilft der Türkei nicht nur mit Geld. Die EU führt z.B. die Arbeiterpartei Kurdistans (kurdisch: Partîya Karkerên Kurdîstan, PKK) weiterhin als terroristische Vereinigung auf ihrer Terrorliste und begrüßt gleichzeitig den Kampf der syrisch kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ (kurdisch: Yekîneyên Parastina Gel), die der PKK nahestehen, gegen den Islamischen Staat (IS) in Syrien. So inhuman und widersprüchlich sehen die Deals der Herrschenden aus.

Möglichst viele Flüchtlinge sollen schon auf dem Mittelmeer, weit vor den EU-Grenzen, abgefangen werden. Dafür ging der EU-Einsatz »European Union Naval Force – Mediterranean« (Eunavfor Med) Anfang Oktober 2015 in seine 2. Phase. Die Bundeswehr wird sich mit bis zu 950 Soldat*innen an der Suche von Flüchtlingsbooten und Schleusern beteiligen. Die Soldat*innen dürfen in internationalen Gewässern Boote anhalten, durchsuchen und, sollten diese für Flüchtlinge genutzt werden, beschlagnahmen oder zum Beispiel nach Libyen zurückschicken.

Beim Aufspüren hilft auch das in den letzten Jahren aufgebaute Überwachungssystem Eurosur der EU. Mit dieser Mission hat die EU ihre militärische Präsenz im Mittelmeer deutlich erhöht, die Suche nach Schleusern auf hoher See ist vorgeschoben.

In internationalen Gewässern gilt die Verpflichtung zur Seenotrettung, so dass Schiffe Flüchtlinge aufnehmen müssen, die sich in Seenot befinden. Aber auch hier ist es das Ziel der EU, die Menschen daran zu hindern, nach EU-Europa zu fliehen. Man will sie möglichst nach Afrika zurückschicken. Für den geplanten Einsatz in nationalen Hoheitsgewässern, wie den libyschen, fehlt noch ein UN-Mandat. Deutschland hat eine maßgebliche Rolle beim Aufbau von Frontex und beim Abschotten der EU-Außengrenzen gegen flüchtende Menschen. Wie die Rechtspopulist*innen der AfD (Alternative für Deutschland) und von AIFA (Allianz für Fortschritt und Aufbruch) verlangt auch der deutsche Innenminister Thomas de Maizière (CDU) Auffanglager in Afrika.

70 Jahre nach der Befreiung vom NS-Faschismus feierten Nationalist*innen aus ganz Deutschland vom 2. bis zum 4. Oktober 2015 in Frankfurt/Main, der Stadt der Banken und Konzerne, mit einem »Bürgerfest« 25 Jahre deutsche Zwangsvereinigung. Angesichts tausender Flüchtlinge, für deren Tod Deutschland und die EU verantwortlich sind, war das Motto dieses schrecklich deutschen »Bürgerfestes« unerträglich: »Grenzen überwinden«.

Das linksradikale 3.10.-Bündnis, an dem u.a. die Gruppen Sozialrevolutionäres & antinationales Krisenbündnis Frankfurt, Krisengruppe Ffm, Kritik & Praxis Frankfurt, Antifa Kritik & Klassenkampf (akk) und fantifa teilnahmen, rief bundesweit unter dem Motto »Grenzen abschaffen – Deutschland überwinden!« für den 2. Oktober 2015 zur Demonstration und für den 3. Oktober 2015 zu Gegenaktionen und zu der Veranstaltung »Nie wieder Deutschland« auf. Das Sozialrevolutionäre & antinationale Krisenbündnis Frankfurt mobilisierte mit den Gruppen ÖkoLinX-ARL, Antifa Kritik & Klassenkampf, FAU Frankfurt/M und der Emanzipatorischen Linken Offenbach mit dem eigenen Aufruf »Deutschland halt's Maul«. ...umsGanze! mobilisierte gegen die nationalistische Scheiße unter dem Motto »Was Ihr feiert: Armut, Ausgrenzung, Abschottung – gegen die Kosten eures Erfolgs!«

An der Demonstration am 2. Oktober 2015 nahmen ca. 1.500 Menschen teil. Am 3. Oktober 2015 konnten an verschiedenen Orten Veranstaltungen des offiziellen Programms erfolgreich gestört werden. Die Polizei zeigte sich übereifrig und kesselte, unter anderem, Aktivist*innen stundenlang ein.

Am Abend des 3. Oktober 2015 veranstalteten Ökologische Linke, ÖkoLinX-Antirassistische Liste und Antifa Kritik & Klassenkampf Frankfurt (akk) die einzige zentrale linksoppositionelle Vortragsveranstaltung am Nationalen Einheitstag: die Podiumsdiskussion »Nie wieder Deutschland!« mit Thomas Ebermann und Jutta Ditfurth. Unterstützt wurde unsere Veranstaltung von den folgenden Gruppen: Emanzipatorische Linke Offenbach, Krisengruppe Frankfurt, Sozialrevolutionäres & antinationales Krisenbündnis Frankfurt, FAU Frankfurt/M und fantifa. Fast 500 Menschen hörten im großen Saal des DGB-Hauses den Vorträgen zu.

Jutta Ditfurth zeigte in ihrem Vortrag an den 144 Jahren seit Gründung des Deutschen Reichs 1871, dass die »besseren Zeiten« in Deutschland immer Ausnahmen waren. Gegründet auf Leichenbergen und dem größten, inzwischen vergessenen Krieg seiner Zeit (1870/71), folgten Verfolgung der Arbeiter*innenbewegung im Deutschen Reich und die Einübung späterer Menschheitsverbrechen in den Kolonien. Während der Zeitgeist derzeit ganz von rechts weht und unterstellt, Deutschland trage keine Schuld am Ersten Weltkrieg, entzauberte sie den neuen Mythos von der unschuldigen »Schlafwandelei«. An ausgewählten Beispielen zeigte Jutta, dass Revolutionen in Deutschland entweder blutig niedergeschlagen wurden wie 1918/19 oder in Wirklichkeit konterrevolutionäre Veranstaltungen waren wie 1989/90.

Das deutsche Kapital und der deutsche Staat haben immer dafür gesorgt, dass viele Menschen Gründe zur Flucht hatten. Durch die gesamte deutsche Geschichte zieht sich die Zu-Tode-Quälerei von Menschengruppen, die von den »feinen, sittlichen« deutschen Herrenmenschen als »minderwertiges Menschenmaterial« eingestuft wurden: von den Arzneimittelexperimenten in »Konzentrationslagern« der deutschen Kolonien bis zum KZ Auschwitz III der IG Farben. Und wenn sich dann mal eine Tür für eine kleine Revolte öffnete – wie Ende der 1960er Jahre –, hatte sie eben auch gesamtgesellschaftliche und ökonomische Ursachen.

Während Jutta im scharfen Galopp durch 144 Jahre deutsche Geschichte ritt, nahm Thomas Ebermann die drei deutschen Sommermonate von 2015 und den Umgang mit Geflüchteten unter die Lupe, mit gelegentlichen Rückgriffen auf Ereignisse seit der sogenannten Wiedervereinigung. Er sagte: »Besonders groß ist die Gefahr immer dann, wenn die Zahl der Prominenten aus Politik und Kulturindustrie ins Unüberschaubare wächst, die ihren Stolz auf Deutschland unverkrampft bekunden. Zum Sommeranfang galt die Bewunderung noch dem Finanzminister Schäuble, der zum angesehensten Politiker des Landes aufstieg, wegen seiner kompromisslosen Härte gegen die Griechen. Als die Tage wieder kürzer wurden, galt der Stolz für eine kurze Episode der ›Willkommenskultur‹ genannten Menschheitsbeglückung, die so richtig komplett nur ist, wenn man die Zahl der sicheren Herkunftsländer und also der Abzuschiebenden erhöht und den Bleibe-Berechtigten das Leben sauer macht.« Thomas Ebermann sagte: »Deutschland ist zum Hegemon der EU und die deutsch dominierte EU, wie geplant, zum weltpolitischen Herausforderer der USA (und Antipoden Chinas) geworden. Aber alles nach Plan läuft auch nicht.« Freimütig gestand er: was ihn so nebenbei freut, geht nicht auf sein und das Konto seines politischen Lagers. Die Ereignisse bei VW zum Beispiel, der sprichwörtlichen Ehrlichkeit der deutschen Bourgeoisie wesensfremd und von Einzeltätern verschuldet, könnte immerhin Arbeitsplätze schaffen. Wenn auch woanders.

Für alle, die nicht dabei sein konnten, gibt es eine gute Nachricht: Die Vorträge und Auszüge aus der Diskussion vom 3. Oktober 2015 gibt es wieder als Film. Unsere zweite DVD trägt den Titel »NIE WIEDER DEUTSCHLAND!«. Die erste DVD heißt »Moderner Antisemitismus, Querfront und völkische Bewegung«, auf ihr findet Ihr die Vorträge von Thomas und Jutta auf der Solidaritätsveranstaltung für die Prozesskosten im Antisemitismus-Prozess »Elsässer gegen Ditfurth am 27. Februar 2015 im Kafe Marat in München. Für beide DVDs gibt es Mengenrabatt. Eine kostet jeweils 8 Euro und ihr findet sie auf unserem Büchertisch oder im Bookstore von Jutta. [1]

Seit Oktober 2014 gingen in Dresden jeden Montag tausende völkische Rassist*innen auf die Straße. Bei Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), sammelten sich Neonazis, Rassist*innen – unter ihnen viele antiislamische Rassist*innen –, Antisemit*innen und andere Antihumanist*innen. Dumpfe Mitläufer*innen erhoben sich Woche für Woche von den heimischen Sofas und von den Stammtischen, um ihre Hass-Parolen auf die Straße zu tragen, angefeuert von ähnlich gesinnten Massen.

Neben NPD-Kadern marschierten »Wutbürger*innen«, denen von opportunistischen Politiker*innen der Kopf getätschelt wurde während sie ungestraft volksverhetzende Parolen brüllten. Ausgehend von Dresden versuchte Pegida in vielen deutschen Städten, unter anderem in Leipzig, Berlin, Köln, Karlsruhe, Duisburg, München und Frankfurt/Main Ableger ihrer Montagsdemonstrationen zu etablieren.

Pegida schaffte es, die Dresdner Innenstadt Montag für Montag, das ganze Jahr über abgesehen von einer Sommerpause, zu belegen, trotz Abspaltungen und der Niederlage ihrer Kandidatin bei der Oberbürgermeister*innenwahl Mitte des Jahres. Lutz Bachmann, der Agitator der Bewegung, gab Rechtspopulisten wie Geert Wilders am 13. April 2015 und dem türkisch-deutschen Autor Akif Pirinçci am 19. Oktober 2015 eine Bühne. Pirinçci sagte u.a. »Die KZs sind ja leider derzeit außer Betrieb« und das Publikum klatschte johlend. Gegen ihn und gegen Lutz Bachmann laufen inzwischen Strafanzeigen wegen Volksverhetzung, was Bachmann nicht vom Hetzen abhält. Aus den Aufmärschen heraus werden Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen immer aggressiver angegriffen. Am 19. Oktober 2015 kam es zu Straßenschlachten zwischen Nazis, Hooligans und der Polizei.

Auch in München führt seit Herbst 2014 der bayerische Pegida-Ableger regelmäßig Kundgebungen oder Demonstrationen durch, mit in der Regel 100 Teilnehmer*innen. Aber 3.000 Gegendemonstrant*innen konnten wenigstens am 9. November 2015 verhindern, dass ein Pegida-Aufmarsch mit ca. 100 Rechten in Richtung Feldherrnhalle starten konnte, wie sie es gerichtlich hatten durchsetzen können.

Im Gegensatz zu Dresden gelang es in anderen Städten bürgerlichen Kräften und linken Antifas oft, auch aufgrund anderer Kräfteverhältnisse, Pegida-Ableger zu verhindern bzw. rechte Aufmärsche zu blockieren. In Frankfurt/Main z.B. verhinderten mehr als 2.000 Antifaschist*innen am 20. Juni 2015 die bundesweite Demonstration der Initiative Widerstand Ost/West (WOW), einer Abspaltung von Pegida, in dem sie die Rechten auf mehreren Routen blockierten. Statt der erwarteten 1.000 kamen nur ca. 150 Rechtsextreme und nur in dem von mehr als 1000 Polizist*innen umzäunten »Nazi-Pferch« aus Polizeigittern konnten die Nationalist*innen und Islamhasser*innen eine kurze Runde drehen. Wir sahen verummte Nazis, unbehelligte Hitlergrüße, Flaschenwürfe auf lautstark protestierende Antifaschist*innen, die zugleich massiver Polizeigewalt ausgesetzt waren. Die Polizei ging gegen hunderte Antifaschist*innen mit Pfefferspray und Schlagstöcken vor, sie kesselten sie ein, traten und schlugen sie. Es gab Verletzte unter den Antifaschist*innen, mindestens zwei mussten ins Krankenhaus. Die Polizei nahm 23 Antifaschist*innen in Gewahrsam und sie erzwang in einem Polizeikessel die Herausgabe der Personalien von etwa 150 Menschen.

Monatelang wurde Rassismus als »Asylkritik« verharmlost und die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes von Politiker*innen mit Verständnis umsorgt. Rechte Strukturen und rechtsextreme Parteien nutzten die Sammlungsbewegung Pegida und deren Ableger für ihre Rekrutierung und Reorganisation. Vor allem gegen Flüchtlinge fanden sich AfD, Pegida, NPD, Neonazis zusammen. Der rassistische Bürger*innenmob zog vor Flüchtlingsunterkünften, wo sich ihr Rassismus nun konkret gegen die Menschen richtete, die gerade Krieg, Verfolgung und tödlichen Grenzsicherungen an den EU-Außengrenzen entkommen waren. Bis Anfang Dezember 2015 gab es 789 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünften, darunter 65 Brandstiftungen. Im Jahr 2014 waren es 6 Brandanschläge.

Unter Mitwirkung von Mitgliedern der NPD, der Jungen Nationaldemokraten und dem Umfeld der Division Sachsen und Neonazi-Hooligans eskalierten die rechten Aufmärsche Ende August in Heidenau bei Dresden zu pogromartigen Angriffen auf die dortige Flüchtlingsunterkunft. Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Kanzlerin Angela Merkel sahen sich genötigt, vor Ort zu erscheinen. Gabriel sagte dort dann wörtlich: »Man darf diesen Typen, die sich hier in den letzten Tagen ausgebreitet haben, keinen Millimeter Raum geben. In Wahrheit sind es die undeutschesten Typen, die ich mir vorstellen kann.« Jutta Ditfurth stellte in ihrer Stellungnahme vom 25. August 2015 klar: »Die Nazis verwendeten den Begriff ›undeutsch‹ gegen ihre zur Vernichtung vorgesehenen ›Volksfeinde‹. Der Begriff ist kein Spielzeug für Politiker*innen, denen zum mörderischen Rassismus wenig und wenn dann zu spät was einfällt. Der Begriff steht nicht zur freien Verfügung und Umdeutung.«

Unter dem Motto »Heute die Pogrome von morgen verhindern« riefen zahlreiche Antifa-Gruppen und das Bündnis Dresden-Nazifrei bundesweit zur Demonstration gegen Rassismus, die Zustände in den Flüchtlingsunterkünften und gegen die sächsische Staatsregierung und die Polizei auf. Trotz kurzer Mobilisierungszeit zogen am 26. August 2015 dann fast 5.000 Teilnehmer*innen durch die Dresdner Innenstadt, vorbei an Polizeipräsidium und Staatskanzlei. Schon am Tag zuvor wurde entgegen eines, inzwischen vom Bundesverwaltungsgericht vom Tisch gefegten, allgemeinen Versammlungsverbots ein Willkommensfest in Heidenau durchgesetzt.

Bis zum Jahresende wurde in Dresden versucht, die Gegenwehr gegen die Rassist*innen neu zu organisieren. Das ist auch notwendig, denn für den 6. Februar 2016 rufen Pegida & Co. zu europaweiten Demonstrationen auf.

Die AfD (Alternative für Deutschland) profitierte von Pegida. In Sachsen, Hochburg der AfD, zog die AfD 2014 mit Frauke Petry und 9,7 Prozent in den Landtag ein. Seitdem übernahm der offen nationalistische und völkische Flügel die Bundespartei. Im Juli 2015 traten Gründer wie Bernd Lucke oder Olaf Henkel aus der AfD aus und gründeten mit der Partei Allianz für Fortschritt und Aufbruch (ALFA) eine neue Partei, die sich angeblich nach rechts von der AfD abgrenzt. Seit Herbst 2015 macht Bernd Höcke, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag und Landessprecher Thüringen, mit offen völkisch-nationalistischer Hetze gegen alles Fremde gemeinsame Sache mit Pegida.

Aus Thüringen kam auch der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), die mordenden Nazis. Sie hatten geschätzte 200 Unterstützer in der lokalen rechtsextremen Szene und es gab dubiose Geheimdienstaktivitäten in dieser Szene. Was machen die heute?

Die AfD instrumentalisiert das Flüchtlingsthema. Ihr Ziel ist es, Grenzkontrollen wieder einzuführen und das Recht Anträge auf Asyl in Deutschland zu stellen, ganz abzuschaffen, das soll besser möglichst weit weg in der Nähe der Herkunftsländer passieren. Auch ALFA will das Asylrecht weiter einschränken. Sie fordert »Schutzzone für Flüchtlinge in deren Heimatregionen«, Erstaufnahmezentren in Nordafrika. Beides hatten Innenminister Thomas de Maizière und Manfred Schmidt, damals Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), schon Ende 2014 verlangt. Die von der AfD geforderte Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen wurde von der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung ab Mitte September 2015 für die südlichen Grenzen zu Österreich beschlossen.

Die stellvertretende Vorsitzende der AfD, Beate von Storch, wettet gegen jede Gleichstellungspolitik und Frauenförderung. Sie sagt, die Aufgabe deutscher Frauen sei es, ausreichend viele Kinder zu bekommen, um das deutsche Volk zu erhalten. Organisierte Abtreibungsgegner*innen wie sie suhlen sich in ihrem konservativen und reaktionären Familienbild. Organisierte Abtreibungsgegner*innen bekämpfen das Selbstbestimmungsrecht jedes Menschen, vor allem aber das von Frauen, über Sexualität, Körper und Reproduktion.

So marschierte die AfD, gemeinsam mit christlichen Fundamentalist*innen, Vertreter*innen von CDU und Kirchen sowie sonstigen sogenannten Lebensschützer*innen, beim »Marsch für das Leben« in Berlin. 5.000 Teilnehmer*innen hatte dieser Marsch am 19. September 2015, so viele wie im Vorjahr. Grußworte von Bischöfen und von Politiker*innen wie Volker Kauder, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, belegen ihre Vernetzung.

Es gab Gegenaktionen im Jahr 2015. Das radikalere Bündnis »What the fuck« rief zu Gegenaktionen und Blockaden auf, die Ökologische Linke Berlin unterstützte "What the fuck". Daneben gab es das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung von bürgerlichen Initiativen, der Linkspartei und Teilen der Grünen. Es gelang mit mehreren Blockaden, die immer wieder von der Polizei brutal geräumt wurden, den Zug aufzuhalten und lautstark zu stören. Auf der Demonstration verteilten wir das aktuelle Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken.

In den USA sind Angriffe auf Abtreibungskliniken keine Ausnahme. Mehr als 200 Bomben- und Brandanschläge wurden seit Mitte der 1970er Jahre auf Abtreibungskliniken verübt. Elf

Menschen wurden dabei seit 1993 getötet, unzählige verletzt. Ende November 2015 erschoss in Colorado Springs im US-Bundesstaat Colorado ein Abtreibungsgegner drei Menschen in einer Abtreibungsklinik und verletzte neun weitere. Oft handelt es sich um ein aggressives, enthemmtes Vorgehen fanatischer Evangelikaler, auch hier verschärft die Religion vorhandene soziale Probleme.

Ein traditionelles Familienbild und der damit verbundene Antifeminismus sind u. a. mit Kathrin Göring-Eckardt längst auch bei den Grünen angekommen. Die frömmelnde, radikale "Lebensschützerin" Göring-Eckardt (bereits die befruchtete Eizelle ist für sie menschliches Leben) puscht seit Jahren eine traditionelle, antiemanzipatorische Familienpolitik. Bei dem von ihr vorgeschlagenen Arbeitszeitmodell, sollen Menschen – gemeint sind da wohl in erster Linie Frauen –, für den Fall, dass sie später mal Zeit für ihre Familie haben wollen, in jungen Jahren schon mal vorarbeiten. Dass das für diejenigen, die heute schon mehr als einen Job zur Existenzsicherung brauchen oder in Scheißjobs am Limit arbeiten, ein unerträgliches Modell ist, kommt ihnen wegen ihrer Mittelschichtsfixierung nicht in den Sinn.

Europaweit versuchen rechtsextreme Parteien und völkische Bewegungen sich stärker zu vernetzen. An einem internationalen Treffen rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen am 21./22. März 2015 in St. Petersburg nahmen Gruppen aus Griechenland, Schweden, England, Deutschland, Russland, Italien, USA teil. Veranstaltet wurde das Treffen von der nationalistischen russischen Partei Vaterland.

In Deutschland sortiert sich die rechtsextreme Szene teilweise um. Neben der Etablierung der Partei Die Rechte mit Schwerpunkt in NRW/Dortmund sicherte sich die neugegründete Partei Der dritte Weg ihren Einflussbereich im Süden und Südwesten der BRD und macht sich auch in Sachsen breit. Sie ist die Nachfolgeorganisation des in Bayern im Juli 2014 verbotenen Kameradschaftsnetzwerks Freies Netz Süd (FNS), das im April 2015 in Berlin seine bundesweit 15. Ortsgruppe gegründet hat.

Rechtsextreme und Neonazis nutzten das 70. Jahr nach der Befreiung vom NS-Faschismus gleich zu Jahresbeginn für ihre Mobilisierung. Regionale Anti-Nazi-Bündnisse riefen erfolgreich zu Blockaden gegen die jährlichen braunen Aufmärsche im Januar in Magdeburg und im Februar in Dresden auf und sie konnten gestört werden. Dennoch schafften es die Nazis am 15. Februar 2015 durch die Dresdner Innenstadt zu laufen. Die Stadtverwaltung hatte die angemeldete Route geheim gehalten, so dass die spontan organisierte Gegenwehr zu schwach für erfolgreiche Blockaden und zudem massiver Polizeirepression ausgesetzt war.

Am 6. Juni 2015 konnte der Aufmarsch zum inzwischen jährlich an wechselnden Orten durchgeführten »Tag der deutschen Zukunft« in Neuruppin mit ca. 500 Nazis durch ca. 1000 Gegendemonstrant*innen verhindert werden. Dieser Nazi-Aufmarsch findet nächstes Jahr am 4. Juni 2016 in Dortmund statt. Dort wird er von der Partei Die Rechte organisiert, die die Stadt als westdeutsche Nazihochburg und sich selbst als relevante Kraft in der rechtsextremen Szene etablieren will. Ein Bündnis hat bereits zu Gegendemonstrationen und Blockaden aufgerufen.

Die andauernden Angriffe auf Flüchtlinge und auf deren Unterkünfte raubten rechten Querfrontstrategen und den »Montagswahnwichteln« um Elsässer, Jepsen und Mährholz und ihren antisemitischen Auslassungen u. a. zur angeblichen »Weltherrschaft jüdischen Finanzkapitals« einen Teil der öffentlichen Aufmerksamkeit, aber diese neue völkische Querfront besteht weiter, wenn sie sie sich auch immer neue Namen sucht. Ihr Zulauf beruhte auch auf der geschickten Instrumentalisierung der wachsenden Kriegsangst rund um den Ukraine Konflikt. Nationale Linke in der Linkspartei wie Dieter Dehm, Sarah Wagenknecht

und Wolfgang Gehrcke verbanden, in Kooperation mit ähnlichen gesinnten Kräften innerhalb der alten Friedensbewegung, die neue Querfront mit der alten Friedensbewegung. Ohne diese ideologische, materielle und materielle Unterstützung bestimmter Linkspartei-Politiker*innen hätte es vielleicht gelingen können, *diese* neue Querfront zu marginalisieren.

Spätestens nach dem 9. Mai 2015 war das Konzept der Montagsmahnwachen als Massenveranstaltungen endgültig gescheitert. Der 70. Jahrestag der Befreiung vom NS-Faschismus wurde in Berlin durch Propagandaveranstaltungen von Reichsbürger*innen, Rechtsextremen und dieser Querfront missbraucht. Aber der mit bis zu 50.000 Teilnehmer*innen angekündigte »Sturm auf den Reichstag« floppte, gerade mal 400 Leute hörten dem antisemitischen, rassistischen Rechtspopulisten Jürgen Elsässer zu, der hetzte, dass sich Deutschland gegen die – angebliche – Islamisierung, Israelisierung und Amerikanisierung zur Wehr setzen müsse und dass die »Flüchtlingsflut« den Bestand des »deutschen Volkes« bedrohe.

Die Querfrontstrateg*innen teilten sich nach dieser Niederlage auf und finden sich bei Pegida wieder und in allen möglichen Unter-Projekten der nationalen Linken in der Linkspartei und der traditionellen Friedensbewegung. Sichtbar wurde diese Verbindung z.B. am 26. September 2015 bei der Demonstration der Kampagne »Stopp Ramstein« vor der US-Militärbasis in Rheinland-Pfalz. Der Aufruf wurde von Verschwörungstheoretiker*innen und hetzerischen, antiamerikanischen Antisemit*innen unterstützt. Viele Wahnwichtel riefen auf, so wie nationale Linke und Querfront-Anhänger*innen. Einer von ihnen war Pedram Shahyar, der im Aufruf als "Redner Mahnwache" aufgeführt wird, und der, wie viele andere Unterstützer*innen dieses Aufrufs, eng mit dem antisemitischen Verschwörungstheoretiker Ken Jepsen zusammenarbeitet. Mit Ken Jepsen wurde auch für die Ramstein-Aktion geworben.

Große Teile der deutschen Friedensbewegung hat keine Probleme, mit der Querfront zusammenzuarbeiten, die ja inzwischen ein Teil von ihr ist. Ab und an gibt es noch einen Konflikt, aber fast nur dann, wenn noch einmal Kritik von außen kommt. Schon auf der Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz, das Treffen der größten Kriegstreiber*innen, in München am 7. Februar 2015, mit etwa 3000 Teilnehmer*innen, waren nationalistische Pro-Putin-Parolen und Transparente russischer Separatist*innen ebenso geduldet wie antisemitische Codes, die rechtsextreme Formation »Engagierte Demokraten gegen die Amerikanisierung Europas« (Endgame) und Ken Jepsen.

Auch Ende des Jahres 2015 versuchten die wahnwichtigen Querfrontstrateg*innen neue Projekte aufzuziehen. Die Bürgerakademie Lüneburg rief unter dem Motto »Lüneburg zieht in den Frieden« für den 29. November 2015 zu einer Kundgebung auf. Die Facebook-Seite "Aluhut für Ken" und die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen deckten die Verbindungen des Veranstalters zu Jürgen Elsässer und seiner Zeitschrift Compact, zu den »Montagsmahnwachen« und dem sogenannten Friedenswinter mit ihrem antisemitischen und verschwörungstheoretischen Hintergrund auf. Durch spontane, auch künstlerische Aktionen konnte das Querfront-Ereignis in Lüneburg zum Scheitern gebracht werden. Aber auch anderenorts, z.B. in Heidelberg, ziehen Häuflein von verschwörungstheoretischen Querfrontler*innen "in den Frieden".

In Ostdeutschland tauchten Montagmahnwachen, Endgame und Ken Jepsen bei »Wir sind Deutschland« (WsD) in Plauen auf. Hier versammelt sich regelmäßig sonntags eine heterogene Menge, die angeblich weder rechts noch links ist, deren Vorlieben sich aber inzwischen deutlich immer weiter nach rechts verschieben. Am Mikrofon stehen Vertreter*innen der AfD und der rechten DSU (Deutsche Soziale Union) oder auch Ken Jepsen. WsD kündigte den Pediga-Aufmärschen in Dresden die Konkurrenz an, aber beim ersten Versuch dort am

29. November 2015 kamen nur 250 Menschen.

Verschwörungstheoretiker*innen aller Art fanden auch beim Quer-Denken-Kongress in Friedberg bei Frankfurt/Main vom 31. Oktober bis 1. November 2015 zusammen. Ein sehr breites Bündnis um die Antifaschistische Bildungsinitiative e.V. organisierte eine Reihe von Aufklärungsveranstaltungen, eine davon mit Jutta Ditfurth, und eine Gegendemonstration unter dem Motto »Gegen geistige Brandstiftung« am 31. Oktober 2015. Wir verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2015 »2015: Völkische Bewegungen und nationalistische Staatspropaganda«.

Ende November 2015 musste der NDR die Nominierung des Sängers Xavier Naidoo für den Eurovision Song Contest (ESC) 2016 zurücknehmen. Der Sänger, der in seinen Liedtexten antisemitische Codes verbreitet und Homosexuelle schmäht, zeigte seine Nähe zu Verschwörungstheorien und nationalistischen Reichsbürger*innen immer wieder durch Auftritte und Reden auf deren Veranstaltungen. Seine Lieder sind auch für die rechtsextreme Szene brauchbar. Die Entscheidung wurde bei facebook und twitter auf schärfste kritisiert, 40 NDR-Mitarbeiter*innen forderten die Rücknahme der Nominierung. Es gingen massenhaft Beschwerden beim Sender ein.

Mit einer ganzseitigen Solidaritätsanzeige, organisiert vom Frankfurter Musik-Manager Marek Lieberberg, outeten sich daraufhin Mario Adorf, Jan Delay, Samy Deluxe, Die Prinzen, Jan Liefers, Anna Loos, Michael Mittermeier, Til Schweiger, Antje Vollmer u.a. als Unterstützer*innen Naidoos. Til Schweiger verstieg sich zum Vorwurf, die Kritik sei eine "Form des Terrorismus". Diese Ignorant*innen sind, das zeigt die Sache, unbrauchbar im Kampf gegen Antisemitismus, Homophobie oder völkischem Nationalismus. Bald danach fanden sich auch die rechtspopulistischen Bands Freiwild und Bandbreite zur Unterstützung Naidoos ein sowie die NPD Leipzig. Dieter Dehm, Musikmanager und Querfrontler von der Linkspartei, nannte die Kritiker*innen Naidoos eine "antideutsche shitstorm-SA". Als dann Xavier Naidoo eine neues Lied veröffentlichte (»Nie wieder Krieg«) und darin sang, Muslime »tragen den neuen Judenstern«, ging Marek Lieberberg, aber nur ein kleines bisschen, auf Abstand.

Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken mit dem Titel »2015: Völkische Bewegungen und nationalistische Staatspropaganda« erklärt die Entwicklungen am rechten Rand und in der neuen völkischen Bewegung, benennt Akteur*innen und ihre Querfrontstrategien und deckt Verflechtungen bis hinein in die Linkspartei auf. Moderne antisemitische Codes, rassistische und islamophobe Hetze werden kenntlich. Das Flugblatt wurde zuerst bei den Gegenaktionen zur Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt/Main am 18. März 2015 verteilt. Insgesamt verteilten wir mehrere zehntausend Flugblätter bei wichtigen politischen Aktionen während gesamten Jahres, um unsere Positionen in die bundesweiten linken und linksradikalen Debatten einzubringen. Wie in den Jahren zuvor nutzen wir es, um Termine anzukündigen, darunter das Öffentliche Gespräch »Völkische Bewegungen und nationalistische Staatspropaganda« am 2. Mai 2015 an der Humboldt-Universität in Berlin. Zu dieser Veranstaltung kamen mehr als 100 Interessierte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) eröffnete am 18. März 2015 in Frankfurt/Main ihr neues Gebäude, einen 1,3 Milliarden Euro teuren Brocken Herrschaftsarchitektur. Die EZB ist ein wesentlicher Bestandteil europäischer Krisenpolitik: gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) und der EU-Kommission setzt sie eine restriktive Verarmungspolitik in der EU-Peripherie im Süden und Südosten EU-Europas durch, zu Lasten der Lohnabhängigen. Privatisierungen und Sparprogramme durch welche die Reichen nur noch reicher werden. Um ein Zeichen gegen diese »autoritäre Krisenpolitik« zu setzen mobilisierte das Blockupy-Bündnis europaweit zur Blockade der EZB Eröffnung und einer Großdemon-

stration. Das Blockupy-Bündnis bestehend aus Interventionistischer Linke (IL), ...umsGanze!, Linkspartei, Attac und anderen war aber leider am rechten Rand offen für Antisemit*innen.

Das M18-Bündnis, an dem antiautoritäre und emanzipatorische Gruppen aus verschiedenen europäischen Ländern beteiligt sind, mobilisierte ebenfalls europaweit zu den Aktivitäten gegen die EZB-Eröffnung und zwar mit dem Slogan »Face the Players – Fight the Game«. M18 kritisiert den Kapitalismus an sich und steht »für eine solidarische Gesellschaft ohne national-staatliche Grenzen, kapitalistische Konkurrenz und Herrschaft«. ÖkoLinX-Antirassistische Liste (ÖkoLinX-ARL) unterstützte den M18-Aufruf. Das bundesweite M31-Netzwerk, an dem sowohl die Ökologische Linke als auch ÖkoLinX-ARL beteiligt sind, hat unter dem Motto »Gegen das Europa des Kapitals – Antiautoritären Widerstand stärken« zur Störung der EZB-Eröffnung aufgerufen.

Vor dem 18. März 2015 schürten Polizei und Frankfurter Kommunalpolitiker*innen ein Klima der Angst vor gewalttätigen Ausschreitungen, die von den Protestierenden zu erwarten seien. Damit sollte der von der Polizei mit NATO-Stacheldraht und Betonblöcken geschaffene Sicherheitsbereich um die EZB legitimiert werden, der bereits ab dem 16. März nach einer Ausweiskontrolle betreten werden durfte. Fast 10.000 Polizist*innen waren auf den Beinen und setzten 28 Wasserwerfer und zahlreiche Räumpanzer ein, um die Einweihungsparty der Herrschenden vor Störungen zu schützen.

Schon am frühen Morgen des 18. März machten sich Menschen, die aus ganz Europa nach Frankfurt gekommen waren, auf den Weg zur EZB. Sie zeigten ihre Wut auf die menschenverachtende Politik der EZB und auf den mörderischen Kapitalismus. Gegen Aktionen, selbst solche, die in großer Entfernung zur EZB stattfanden, und gegen Blockaden ging die Polizei repressiv vor. Unter anderem wurde eine Blockade an der Flößerbrücke unter Einsatz von Knüppeln, Reizgas und Wasserwerfern von der Polizei geräumt, die Demonstrant*innen über die Brücke getrieben. Die Polizei schoss mit Tränengasgranaten. Wie auch bei den Blockupy Protesten 2012 und 2013 gab es zahlreiche verletzte Demonstrant*innen und Journalist*innen, verursacht durch knüppelnde und Reizgas sprühende Polizist*innen.

Die Menschen ließen sich vom Vorgehen der Polizei am Vormittag nicht einschüchtern. Über 10.000 Menschen erschienen zu der Kundgebung am Römerberg, 25.000 schlossen sich der Großdemonstration an.

Die Berichterstattung in den bürgerlichen Medien in Deutschland definierte einige brennende Polizeiautos und zerbrochene Scheiben als "bürgerkriegsähnliche Zustände". Die Frankfurter Rundschau druckte gar ein Fahndungsfoto der Polizei ab. Die Deutsche Polizeigewerkschaft forderte erneut die Einführung des »Schutzparagrafen 112«, der Angriffe gegen Polizeikräfte unter ein besonderes Strafrecht stellen würde. Ein Sonderstrafrecht, das geeignet ist, die Demokratiereste auszuhebeln.

Faktisch werden Widerstandshandlungen von Linken gegen die Polizei heute bereits viel schärfer bestraft als Körperverletzung durch Polizist*innen. So wurde ein Polizist, der 2013 anlasslos einen Demonstranten angriff und mehrfach ins Gesicht schlug, 2015 zu fünf Monaten auf Bewährung verurteilt. Zum Vergleich: der Demonstrant Federico (Fede) Annibale wurde zu 14 Monaten auf Bewährung verurteilt, weil er am 18. März 2015 Steine in Richtung Polizei warf, die nachweislich niemanden verletzten. Er musste 10 Wochen in Untersuchungshaft sitzen, bevor ihm der Prozess gemacht wurde.

Die Berichterstattung und das Geplärre konservativer bis sozialdemokratischer Politiker*innen gab auch Anlass zu falscher Kritik innerhalb der teilnehmenden Gruppen. Die

Linkspartei, die mitregieren will, äußerte zwar Verständnis für die Wut, distanzierte sich aber von den militanten Aktionen und verurteilte sie als Gewalt – als würde die eigentliche, tägliche strukturelle Gewalt nicht von der staatlich abgesicherten kapitalistischen Ausbeutung ausgehen. Der Blockupy-Koordinierungskreis wollte sich zwar nicht distanzieren, bezeichnete die Aktionen aber als unsolidarisch und nicht vermittelbar.

Den Herrschenden gelang es 2013 bei M31, Bilder des Protestes vor der EZB und somit ein Zeichen der Solidarität mit den Opfern der mörderischen kapitalistischen Politik zu verhindern. Die Aktionen am 18. März 2015 haben, wenn auch gefiltert über bürgerliche Medien und in sozialen Netzwerken, ein solches Zeichen gesetzt. Die Interventionistische Linke betonte, dass die Aufrufe zur Militanz von Gruppen außerhalb des Blockupy-Bündnisses kamen und die militanten Aktionen weder vom Blockupy-Bündnis geplant noch durch deren Aktionskonsens gedeckt waren.

Das M18-Bündnis wertete die Proteste gegen die EZB-Eröffnung als Erfolg: »Mit Mitteln zivilen Ungehorsams, Blockaden, aber auch militanten Aktionen gegen staatliche Einrichtungen, Banken, Polizei und andere Orte des kapitalistischen Alltags haben Aktivist*innen aus ganz Europa in Frankfurt ein unmissverständliches Signal gesetzt.« Auch das M31-Netzwerk wertete die Aktionen am 18. März als Erfolg.

Am 7. und 8. Juni 2015 fand auf Schloss Elmau in den bayerischen Alpen der G7-Gipfel statt, das jährlich stattfindende Treffen der Regierungschefs der ökonomisch und militärisch stärksten kapitalistischen Staaten.

Angesichts der sich immer mehr verschärfenden Zustände kapitalistischer Ausbeutung und einer mörderischen Abschottungspolitik gegenüber Geflüchteten, durfte dieser Gipfel nicht widerstandslos über die Bühne gehen. Von Garmisch-Partenkirchen wollten die Repräsentant*innen des Kapitals schöne Bilder einer Bilderbuchlandschaft und eines harmonischen Gipfels um die Welt schicken. Aber bei solchen Gipfeln geht es um ökonomische Interessen der G7-Staaten, um weitere Ausbeutung von Mensch und Natur im Sinne des Kapitals. Unter Ausschluss der russischen Regierung bekräftigten die G7-Vertreter*innen die Sanktionen gegen Russland und drohten weitere an. Völlig bedeutungslose, von Greenpeace gelobte, in Aussicht gestellte Absichtserklärungen zum Klimaschutz waren ein mickriges Ergebnis.

Der Tagungsort, umgeben von Hochgebirge, war wie ein natürlicher Kessel mit wenigen Zufahrtsmöglichkeiten. Die Rahmenbedingungen für linken Widerstand gegen die Politik der Repräsentant*innen von Kapitalismus, Rassismus, Krieg und Naturzerstörung waren so schlecht wie selten. Im Vorfeld hetzten Staatsvertreter*innen und ihre Medien gegen die geplanten Protestveranstaltungen. Das Innenministerium veranlasste die Regierung von Oberbayern dazu, die Kreisbehörden dazu zu bringen, alle Protestcamps zu verhindern. Das Landratsamt Weilheim-Schongau wies die in Frage kommenden Gemeinden an, keine Flächen zur Verfügung zu stellen. Den Bäuer*innen wurde mit sozialer Ächtung gedroht, falls sie es dennoch wagten. Der Landwirt, der eine Wiese zur Verfügung stellte, wurde massiv bedroht und erhielt Polizeischutz. Der Chef des Kreisordnungsamtes regte an, Gülle auf mögliche Campflächen aufzubringen, um spontane Camps unmöglich zu machen. Das angemietete Camp wurde von den Behörden verboten und es musste von Rechtsanwält*innen gerichtlich durchgesetzt werden.

Um die Einreise linksradikaler Gipfelgegner*innen aus Südeuropa zu verhindern, hatte die Bundesregierung das Schengener Abkommen außer Kraft gesetzt, tagelang vorher die komplette südliche Grenze von Berchtesgaden bis zum Bodensee dichtgemacht und wieder Grenzkontrollen eingeführt. Die Polizei hatte es aber nicht nur auf Gipfelgegner*innen abge-

sehen. Sie stellte in etwa zwei Wochen 10.555 illegale Einreisen fest, nahm 3.500 Menschen fest und vollstreckte 153 Haftbefehle. Die CSU wollte die Grenzkontrollen zu Österreich beibehalten und hetzte gegen Geflüchtete. 30.000 Polizist*innen waren vor und während des Gipfels im Einsatz um, unterstützt von der Bundeswehr, um die bayerische Gipfelidylle zu schützen und die Proteste klein zu halten. Das Bündnis »stop G7 Elmau« plante Aktionstage, eine Großdemonstration, Blockaden und ein Protestcamp in Garmisch, sowie einen Gegenkongress in München. Die Mobilisierung war eher schwach. Große Teile des linksradikalen Spektrums wie z. B. ...umsGanze! oder solche aus anderen europäischen Ländern blieben den Aktionen fern.

Die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA sind Werkzeuge im imperialistischen Konkurrenzkampf. Sie schaffen neue Spielräume zur profitablen Verwertung in den kapitalistischen Zentren USA/Kanada, EU-Europa und hebeln u. a. nationale Verbraucher*innenrechte aus. Am 4. Juni 2015, im Vorfeld des Gipfels, fand in München eine Großdemonstration mit Themenschwerpunkt TTIP statt.

Die Demonstration, veranstaltet von Compact, Grünen, Linkspartei u. a., war in das Aktionskonzept des Bündnisses integriert und wurde mitbeworben. Diese Demonstration spaltete Teile des reformistischen Lagers, wie z. B. der Linkspartei, und orientierte diese eher nach München anstatt nach Garmisch, dem Ort in Gipfelnähe. Zur Demonstration nach München kamen 20.000 bis 25.000 Menschen. Der Demonstration fehlte mit jeglicher radikalen Kapitalismuskritik, aber auch wegen ihrer teils esoterischen und Querfront-anschlussfähigen Aussagen jeder linke, emanzipatorische Charakter.

Zur Demonstration am 6. Juni 2015 nach Garmisch kamen, trotz massiver Kontrollen auf allen Zufahrtstraßen, großer Bullenpräsenz samt Wasserwerfern und ständig kreisender Hubschrauber, immerhin 5.000 bis 6.000 Menschen. Bei dieser Demonstration fanden wir mehrheitlich linke Kapitalismuskritik.

Der Versuch, die Bundesstraße B2 von der Demonstration ausgehend zu besetzen, um die Infrastruktur des Gipfels zu blockieren, wurde mit Polizeigewalt beantwortet. Die Polizei griff Demonstrant*innen mit Pfefferspray und Schlagstöcken an. Es gab etwa 60 Verletzte und viele Festnahmen. Bonner Polizisten funkten, bevor die Aktionen überhaupt begannen, das Goebbels-Zitat: »Wollt ihr den totalen Krieg?«

Am nächsten Tag gelang es für kurze Zeit, die B2 symbolisch zu blockieren. Auch hier: Festnahmen und verletzte Demonstrant*innen. Anlässlich einer kämpferischen Spontandemo vom Camp zur Gefangenensammelstelle konnte Jutta Ditfurth ihren für die Großdemonstration vorgesehenen und aufgrund eines Unwetters ausgefallenen Redebeitrag »IMMER WIEDER DEUTSCHLAND« halten. Der Sternmarsch nach Elmau war in weiten Teilen verboten, vom Bahnhof Klais aus war eine Demonstration mit 40(!) m Länge genehmigt, die reinste Verhöhnung des Demonstrationsrechtes. Die Demoleitung wurde an der Teilnahme gehindert und erreichte den Versammlungsort erst fünf Stunden später.

Die Ökologische Linke unterstützte die Aktionen gegen den Gipfel mit Ausnahme der Demonstration in München und des Gegenkongresses. Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken »2015: Völkische Bewegungen und nationalistische Staatspropaganda« wurde bei allen Aktionen, auch bei der Münchner Demonstration massenhaft verteilt. Die Demonstration, die Aktionen und die Durchsetzung des Camps können als Erfolg gewertet werden, nicht zuletzt wegen der allgegenwärtigen Präsenz des Polizeistaates und der Hetze von CSU- bis SPD-Politiker*innen in einer Region, wo linke Demonstrationen unerwünscht sind.

In Europa sind durch die kapitalistische Weltwirtschaftskrise Millionen Menschen verarmt und ins Elend gestürzt worden. Immer mehr Rechtspopulist*innen bis hin zu Faschist*innen kommen in EU-Europa an die Macht.

In Polen kann die nationalistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) nach der Wahl vom 25. Oktober 2015 nun allein regieren. Der Parteichef von PiS, Kaczynski unterstellte Flüchtlingen, dass sie z. B. die Cholera nach Griechenland brächten und er stellte sie in Nazi-Propagandamanier in einen Zusammenhang mit »verschiedenen Parasitentypen«. Im polnischen Parlament ist jetzt gar keine linke Partei mehr vertreten. Die neue Regierung fährt eine Politik der Gleichschaltung. Im Schnellverfahren wurden die Leiter*innen von zivilen und militärischen Diensten abgesetzt. Aufsichtsräte in staatseigenen Firmen und die Chefs der öffentlichen Medien werden gegen regierungshöriges Personal ausgetauscht. Um dieses autoritäre Systems komplett zu installieren, hat die PiS-Parlamentsmehrheit ein Gesetz verabschiedet, dass die gerade erst erfolgte Benennung von fünf Richter*innen für ungültig erklärte. Das Verfassungsgericht entschied – wegen eines Verfahrensfehlers – dagegen, so dass erst einmal nur zwei Richter*innen neu gewählt werden dürfen. Auch auf der Straße agieren Bürger*innen rechts: In Breslau (Wroclaw), nächstes Jahr Europäische Kulturhauptstadt, verbrannten im November Rassist*innen und Antisemit*innen bei einer antiislamischen Kundgebung vor dem Rathaus eine »Judenpuppe«.

In Frankreich ging der rechtsextreme Front National (FN) aus der Europawahl 2014 als stärkste Kraft hervor und bei den Départementswahlen im März 2015 schaffte er es, ca. 25 Prozent der Stimmen zu erringen und somit zweitstärkste Kraft hinter der national-konservativen Union pour un mouvement populaire (UMP), heute Les Républicains (LR), zu werden. Der FN verband und verbindet seine Hetze gegen Muslime und Migrant*innen mit rechten Anti-EU-Positionen. Die Anschläge in Paris vom 7. und 9. Januar und vom 7. November 2015 sind die Basis für ein weiteres Wachstum der Faschist*innen.

In Großbritannien fanden am 8. Mai 2015 Parlamentswahlen statt. Die konservativen Tories gewannen mit 36 Prozent der Stimmen und können aufgrund des Mehrheitswahlrechtes allein regieren. Die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (UKIP) bekam 12,6 Prozent. UKIP und der rechte Flügel der Tories machen nationalistische und rassistische Propaganda gegen Migrant*innen und Flüchtlinge. Die Tory-Regierung hat dem Betreiber des Eurotunnels zwischen Frankreich und Großbritannien Millionen Euro für die Errichtung von Stacheldrahtzäunen versprochen, die Geflüchtete von der Einreise nach Großbritannien abhalten sollen.

In Dänemark kam bei den Parlamentswahlen 2015 die rechtspopulistische Dänische Volkspartei auf rund 21 Prozent und ist auch mit ihren nationalistischen Forderungen nach Einwanderungsstopp zweitstärkste Kraft nach der rechtsliberalen Venstre Partei geworden. Venstre regiert als Minderheitsregierung mit nur 34 von 179 Sitzen allein. Sie wird von den Parteien des rechten sogenannten blauen Blocks unterstützt, der mit 90 Mitgliedern die Mehrheit des Parlaments stellt. Dazu zählen die rechtspopulistische Dänische Volkspartei mit 37, die Liberale Allianz mit 13 und die Konservative Volkspartei mit 6 Sitzen. Zu den ersten Beschlüssen des Parlaments zählten drastische Kürzungen der Gelder für Flüchtlinge. Im September ließ die Regierung zeitweise die Grenze schließen, um Geflüchtete an der Einreise zu hindern.

In Italien haben Spitzenpolitiker der Forza Italia und der Lega Nord in der Region Ligurien rassistische Verordnungen erlassen, um Migrant*innen und Flüchtlinge von den öffentlichen Stränden der dortigen Urlaubsorte an der Riviera zu vertreiben.

In Spanien wird neben der multitude-inspirierten Sozialdemokratie von Podemos, auch die neue bürgerlich-liberale bis rechtspopulistische Partei Ciudadanos stärker.

In Ungarn ist es bisher nicht gelungen, die Rechtsaußen in der Regierung an der Macht zu schwächen. Der mit 2/3-Mehrheit regierende Fidesz (Ungarischer Bürgerbund) ist für die Wiedereinführung der Todesstrafe und diskriminiert seit langem Schwule. Gestützt wird er von der drittstärksten Partei im Parlament, der rechtsextremen Jobbik (Bewegung für ein besseres Ungarn). In einem Akt der Kriegsführung gegen Flüchtlinge baute die ungarische Regierung einen NATO-Stacheldrahtzaun an der Grenze zu Serbien. In Flüchtlingszentren sind die Geflüchteten häufig verbalen Attacken bis hin zu physischer Gewalt von Wärter*innen ausgesetzt. Neben Rassismus gibt es Antisemitismus und Hass auf Roma und Sinti. Der Ausschuss gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarates prangert u. a. an, dass in Ungarn Roma und Sinti von Gemeindeverwaltungen oft aus Sozialwohnungen vertrieben werden und überdurchschnittlich viele Roma-Kinder an Schulen für Lernbehinderte untergebracht sind. Es gibt Berichte von Lebensbedingungen wie in einem Zwangsarbeitslager.

Wenn man von Portugal absieht, wo nach den Wahlen im Oktober 2015 eine sozialdemokratische Partei zusammen mit kleineren traditionslinken Koalitionspartnern an die Regierung gekommen ist, gibt es eine Ausnahme in Europa. In Griechenland konnten die Faschist*innen klein gehalten werden, weil die Partei Syriza mit linksradikaler Rhetorik und zunächst radikalreformerischen Programmen gegen die Troika aus IWF, Weltbank und EU-Kommission und ihrer Verarmungspolitik antrat und im Januar 2015 in die Regierung gewählt wurde.

In Griechenland gibt es darüber hinaus Widerstandstraditionen, die ihre Wurzeln haben im Kampf gegen den NS-Faschismus und in der erfolgreichen Absetzung der Militärdiktatur, der Junta von 1967 bis 1974. Anfangs versuchte Syriza, die nach dem Wahlsieg im Januar 2015 mit der rechtspopulistischen Partei Anel eine Querfront – pardon: eine Koalition – einging, notlindernde Programme aufzulegen, die sie zum größten Teil durch die Erpressung der Troika aufgeben musste. Reformvorschläge, welche die Syriza-Anel-Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras im Rahmen ihres Antrags auf Verlängerung von Finanzhilfen Anfang des Jahres stellte, wurden abgelehnt, zugunsten eines von der Troika konzipierten Papiers, das Maßnahmen zu Rentenkürzung, Mehrwertsteuererhöhung und Zwang zum Verkauf von Staatseigentum beinhaltete. All dies wurde am 5. Juli 2015 bei einem von der Regierung durchgeführten Referendum mit einer Wahlbeteiligung von 50 Prozent mit ca. 61 Prozent abgelehnt.

Dieses Nein (»OXI«) der griechischen Bevölkerung zu Unterdrückung und Auspressung durch andere europäische Regierungen, allen voran durch die deutsche, stärkte die griechische Verhandlungsposition nicht. Syrizas Konfrontationskurs wurde bestraft und dem übrigen Europa zwecks Abschreckung als Misserfolg präsentiert. Die EU, gedrängt von der deutschen Regierung, musste verhindern, dass von Griechenland ein Dominoeffekt ausgeht und die nahezu ungestörte Profitanhäufung in EU-Europa gefährdet werden könnte.

Mit der Drohung eines Rausschmisses aus der Währungsunion und mit den Bankenschließungen bzw. Kapitalverkehrskontrollen, also mit erpresserischen Mitteln, erlangte die Euro-Gruppe die Zustimmung von Tsipras zu einem Papier, das neben den »Reform« genannten sozialen Grausamkeiten auch das imperialistische Konstrukt eines Treuhandfonds mit dem Ausverkauf von Häfen und Flughäfen beinhaltet. Er ist der Kontrolle des griechischen Parlaments entzogen.

Am 15. Juli 2015 stimmte das griechische Parlament unter den wütenden Protesten auf der Straße mit 229 Stimmen einem Paket der Zerstörung sozialer Sicherungen zu. Von 64 Nein-Stimmen kamen 32 aus dem Regierungslager. Ab hier wurde die Dynamik eines Bruches von Syriza mit seinem linken Flügel in Gang gesetzt. Tsipras selbst trat am 20. August 2015 als Ministerpräsident zurück und machte den Weg frei für Neuwahlen. Am 20. September 2015 hat Syriza, auch ohne ihren linken Flügel, die Parlamentswahl erneut gewonnen. Die rechtspopulistische Anel ist wieder der bequemste Koalitionspartner. Bei dieser Wahl konnte sich die faschistische Goldene Morgenröte (GM) mit fast 7 Prozent stabilisieren. Dennoch hat Syriza mit radikaler Rhetorik die Unzufriedenheit vieler kleiner Leute aufgegriffen, links gebunden und damit verhindert, dass die Goldene Morgenröte diese Proteststimmen bekommt.

Die am 21. August 2015 gegründete linke Abspaltung von Syriza Laiki Enotita (LAE / Volkseinheit), die auf eine Rückkehr zur Drachme setzte, verfehlte den Einzug ins neue Parlament. Insgesamt hat Syriza im Verlauf dieses Jahres eine Wandlung von einer Regierung mit radikal-reformerischen Ansätzen zum sozialdemokratischen Verwalter der Krise durchgemacht.

Auch im Zentrum des kapitalistischen Zentrums EU-Europa, in Deutschland, hat sich die soziale Lage verschärft. Der Exportüberschuss der BRD steigt und die entsprechende standortnationalistische Politik sorgt dafür, dass anderswo die Wirtschaft niederkonkurriert wird. Die Grundlage für diesen brutalen kapitalistischen Kurs schuf die rot-grüne Schröder/Fischer-Regierung um die Jahrtausendwende. Die Folgen ihrer Agenda 2010 waren Steuererleichterungen für weltweit agierende Konzerne, Hartz IV und ein zweiter Arbeitsmarkt mit niedrigen Löhnen, die kaum zur Finanzierung des Lebens reichen. Auch die Bedingungen für die Einstellung von Leiharbeiter*innen und Arbeiter*innen mit Werkverträgen sowie die Auslagerung von Teilen der Produktion an billige Scheinselbstständige wurden erleichtert. Das reduzierte die Stammbeschafteten. Damit einher ging die Zerstörung flächendeckender Tarifverträge. So hat das Kapital in Deutschland seine Kosten senken können, es hat die Dynamik der Rationalisierung beschleunigt und damit seine internationale Konkurrenzfähigkeit verbessert.

Dem Kapital gelang es so, sehr viele Menschen in Mini-Jobs und Teilzeitarbeit zu zwingen. In 17 Branchen, darunter dem Bau- und dem Reinigungsgewerbe, gab es tariflich vereinbarte Branchenmindestlöhne schon vor der Einführung des Gesetzes zum Mindestlohn und tausend Tricks sie zu unterlaufen. Der Mindestlohn soll weitere Lohnsenkungen aufhalten; er schafft jedoch nur kurzfristig »Linderung«. Die Politik der CDU/CSU/SPD-Bundesregierung fördert die Anhäufung des Reichtums von der Oberschicht bis hinunter zur oberen Mittelschicht, die Verarmung weiter Teile der Mittelschicht und vor allem der Unterschicht.

Das CDU/SPD-Gesetz zur Tarifeinheit, das der Bundestag Ende Mai 2015 beschlossen hat, schränkt das in der Verfassung gesicherte Streikrecht weiter ein. Es bedeutet, dass nur diejenige Gewerkschaft, die innerhalb eines Betriebes – wie immer der definiert wird – die meisten Mitglieder hat, Tarifverträge aushandeln darf. Kleinere Gewerkschaften werden ihrer Einflussmöglichkeiten beraubt. Nach neun Streiks im einjährigen Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Bahn (DB) und der Gewerkschaft der Lokführer (GDL) ging die DB auf die Hauptforderungen der GDL ein, einen Bundesrahmentarifvertrag nicht nur für Lokführer*innen abzuschließen, sondern für das gesamte fahrende Personal. Darin enthalten ist eine Begrenzung der jährlichen Überstunden eines Beschäftigten auf 80 Stunden bis 2018. Die GDL konnte erstreiten, dass das neue Tarifeinheitengesetz, das am 1. Juli 2015 in Kraft trat, im Bereich Bahn bis 2020 nicht angewendet wird.

Mit dem vor etwa 15 Jahren von Politiker*innen und konformistischen Wissenschaftler*innen angeschobene sogenannte Bologna-Prozess wurde die Bildung dem direkten Diktat kapitalistischer Interessen unterworfen. Die Übernahme der Zweiteilung des Studiums in Bachelor und Master aus dem angloamerikanischen Bildungssystem schuf in Deutschland ein Bachelor-Akademiker*innenproletariat, das wissenschaftlich auf Sparflamme gehalten wird. Der Masterabschluss ist eine umfassende Qualifikation, vergleichbar dem früheren Diplomabschluss. Formal steht er jedem und jeder offen. Die Hürden für den Masterabschluss sind jedoch so hoch, dass nur ein Bruchteil der Bachelorstudent*innen ihren Master machen kann.

Die Freiheit der Lehre wird über den Abbau Festangestellter weiter eingeschränkt. Heutzutage hat der sogenannte Mittelbau fast nur noch befristete Stellen. Sie wurden gänzlich abhängige Lohnarbeiter*innen. Die Hochschulleitungen – in enger Kooperation mit der Politik – haben diese Veränderung an den Universitäten in den letzten zwei Jahrzehnten dazu genutzt, linke und kritische Inhalte, die sie immer schon störten, zu beseitigen.

Die Universität Frankfurt/Main, die noch vor kurzem einen kleinen Platz auf ihrem Campus nach Theodor W. Adorno (»Erziehung nach Auschwitz«) benannt hatte, strich eine Einführungsvorlesung zur NS-Pädagogik von Benjamin Ortmeier, außerplanmäßiger Professor im Fachbereich Erziehungswissenschaften, aus dem Lehrplan für Lehramtsstudierende. Künftig sollen kleine Seminare große Vorlesungen über die Geschichte der NS-Pädagogik ersetzen. Die Zukunft des Lehrstuhls ist gefährdet, denn die Universität will ihn nicht weiter aus dem Grundetat finanzieren: Ortmeier muss bis 2018 weiterbeschäftigt werden, aber die Entfernung der Vorlesungen aus dem Pflichtbereich ist symptomatisch für den Umgang mit Hochschulbildung in den Zentren des Kapitalismus.

Seit Jahren findet ein Abbau von kritischen Denktraditionen und eine Demontage der weiteren Aufarbeitung des NS-Faschismus statt, zugunsten von für die Kapitalproduktion besser verwertbarem Wissen. Symbolisch ist die kapitalistische Zurichtung der Frankfurter Goethe-Universität, in Stein gehauen im House of Finance and Management. Mehr und mehr spannen Konzerne Wissenschaftler*innen für ihre Interessen ein. Es geht nicht mehr nur um einzelne Forschungsspenden oder Stiftungslehrstühle, sondern um komplette Institute einer Universität. Das findet überall statt. Beispielsweise ist die Universität Köln der Bayer AG eng verbunden. Welcher Art die Verträge sind wird von beiden Seiten geheim gehalten und die Akteur*innen entziehen sich den Veröffentlichungspflichten.

Die SPD/Grüne-Bundesregierung setzte mit der »Agenda 2010« auch eine beschleunigte Dynamik des Wettbewerbs im Gesundheitswesen in Gang, die es immer schneller in eine profitorientierte Gesundheitswirtschaft umwandelt. Die Krankenhäuser müssen die Behandlungen ihrer Patient*innen den vom Staat genehmigten sogenannten Fallpauschalen anpassen, den durchschnittlichen Kosten, die typische Patient*innen mit ihren jeweiligen Krankheiten verursachen. Langwierigere Erkrankungen und eine humane Pflege der Menschen sind für die Krankenhäuser nicht bezahlbar. Dagegen bringen invasive Untersuchungen und Eingriffe Gewinne für das Krankenhaus. Das führt zu überflüssigen Operationen und zu kurzen Behandlungszeiten. Medizinische Entscheidungskriterien spielen dabei immer weniger eine Rolle. Krankenhäuser, die bei der Profitorientierung nicht mitmachen können oder wollen, werden geschlossen.

Die staatlichen Kürzungen im Gesundheitswesen zwingen auch zum Abbau des Personals. Laut Ver.di fehlen in Krankenhäusern bundesweit allein in der Pflege 70.000 Stellen. Unter dem Motto »Mehr von uns ist besser für alle« traten die Beschäftigten an der Charité im Sommer 2015 in einen Streik und forderten eine personelle Mindestbesetzung. Es war ein politischer Streik, der nach 10 Tagen beendet wurde, der aber offenbar so viel Druck

entfaltete, dass geforderte Arbeitserleichterungen in der Charité erkämpft werden konnten, darunter verbesserte Arbeitsbedingungen durch mehr Stellen.

Kritische Akteur*innen aus dem Gesundheitsbereich und aus Datenschutzorganisationen haben sich zum Bündnis »Stoppt die e-Card« zusammengeschlossen. Ihre Aufklärungsarbeit trug dazu bei, Bewusstsein für die massiven Überwachungsfunktionen, die mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte verbunden sind, zu schaffen. Seit 1. Januar 2015 ist die Gesundheitskarte mit Lichtbild am Start. Zukünftig soll auf ihr neben den Stammdaten auch eine anfangs kleine Krankenakte – zunächst auf freiwilliger Basis – gespeichert werden. Damit ist Dauerüberwachung aller Krankenversicherten in einem sehr sensiblen Bereich vorprogrammiert, denn Arztpraxen und Krankenkassen werden über Datenautobahnen miteinander verbunden. Das Bündnis Stoppt die e-Card fordert dagegen eine Minimierung des Risikos der Überwachung durch dezentrale Datenhaltung und direkte, persönliche Kommunikation in Praxen vor Ort.

2015 ist erstmals der Immobilienkonzern Vonovia auf dem Deutschen Aktienindex (DAX). Er ist einer der dreißig Konzerne mit dem größten Aktienwert. Die Deutsche Wohnen AG wird auch bald in diesen Kreis der Profiteur*innen aufgenommen. Die Gewinne der Spekulant*innen explodieren. Die Mieten in den Ballungsgebieten steigen viel schneller als die Löhne. Die ärmere Bevölkerung wird ins Umland verdrängt.

Es gibt zu wenige Wohnungen und die sind zu teuer. Immer häufiger werden Menschen gezwungen ihre Wohnungen zu räumen. Die Zahl der Wohnungslosen ist nach Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) von 2012 bis 2014 um 18 Prozent auf 335.000 gestiegen. Die sogenannte Mietpreisbremse wird bestenfalls für einen Teil der Neuvermietungen in sogenannten »angespannten Wohnungsmärkten« die Mietsteigerung abbremsen, aber nicht die Mieten senken, die jetzt schon viel zu hoch sind. Die »Mietpreisbremse« greift nämlich nicht bei Erstvermietung von Neubauten oder nach umfassenden Modernisierungen. Sie ist deshalb geradezu ein politischer Anreiz für teure Neubauten und Modernisierungen, weil so besonders hohe Profite eingefahren werden können.

Eine Deckelung der Mietpreise wäre nur sinnvoll, wenn sie sich am tatsächlichen Einkommen der Lohnabhängigen orientierte und nicht an den bereits im Kapitalinteresse durchgesetzten Mieten. In den Ballungszentren liegt der Anteil der Wohnkosten am Einkommen vieler Mieter*innen bei 60 Prozent. Mieterverbände empfehlen einen Anteil von bis zu 30 Prozent.

Grundlage der viel zu hohen Mietpreise ist die Bodenspekulation, die seit der Aufhebung der gesetzlichen Bodenpreisbindung von 1960 die Bodenpreise explosionsartig steigen ließ. Gefördert wird dieser Prozess durch städtische Wohnungsbaugesellschaften, die entgegen ihrem sozialen Auftrag immer mehr Luxus- und höherwertige Wohnungen bauen. In den Zentren großer deutscher Städte ist kein Platz mehr für Arme und Menschen mit niedrigen Einkommen. Um dieser Dynamik etwas entgegenzusetzen ist eine Kommunalisierung von Grund und Boden in den Ballungsgebieten notwendig. Dies ist nur ein Zwischenschritt zur generellen Überführung von Grund und Boden in gesellschaftliches Eigentum.

In mehreren Städten verbindet sich der Widerstand gegen die Verdrängung aus den Kiezen mit Solidarität für die Geflüchteten. Auf der antikapitalistischen Demonstration »Organize – gegen Rassismus und soziale Ausgrenzung« am 30. April 2015 im Berliner Wedding, an der sich ca. 4.000 Menschen beteiligten, verteilten Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2015.

Mit über 30.000 Teilnehmer*innen war die Revolutionäre 1. Mai Demonstration in Berlin die größte seit 1988. Unter dem Motto »Gegenmacht aufbauen – Für die soziale Revolution weltweit!« zog der durchgehend ausdrucksstarke Demonstrationzug durch die Kieze von Kreuzberg und Neukölln. Die Solidarität mit den Geflüchteten war zu sehen und zu hören! Weitere Themen waren der Kampf gegen kapitalistische Stadtumstrukturierung sowie die Solidarität mit den Kämpfen der Arbeiter*innenklasse in Griechenland und mit Rojava. Mitglieder und Sympathisant*innen der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken »2015: Völkische Bewegungen und nationalistische Staatspropaganda« bei drei Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen: in Berlin, Nürnberg und Stuttgart.

Weltweit versuchen Menschen sich den Zugang zu besseren Lebensbedingungen, zu Bildung, Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und zu Freiheit, gegen diktatorische Unterdrückung und Rassismus zu erkämpfen. Die Repression der Herrschenden kostete viele das Leben. In Indien nahmen am 2. September 2015 150 Millionen Arbeiter*innen an einem Generalstreik teil, zu dem 10 indische Gewerkschaften aufgerufen hatten. Sie forderten unter anderem einen Mindestlohn, Sozialversicherung und Verbesserungen im Arbeitsrecht. Der Streik legte in vielen Bundesstaaten das öffentliche Leben lahm.

In den USA ist Rassismus Alltag. Schwarze Menschen werden systematisch diskriminiert. Die Einkommen schwarzer Familien liegen bei 60 Prozent derer von weißen Familien. Der Anteil von Afroamerikaner*innen in den ohnehin viel zu vielen Knästen ist überproportional hoch. Eine der gefährdetsten Bevölkerungsgruppen sind junge schwarze Männer. Rassistische Weiße schießen auf Schwarze. Immer wieder töten Polizisten meist unbewaffnete Afroamerikaner*innen, die Mörder werden fast nie zur Rechenschaft gezogen. Die CIA entwickelt immer brutalere Methoden zur Aufstandsbekämpfung. In 31 der 50 Bundesstaaten der USA hat sich der Staat erlaubt, Menschen zu ermorden, man nennt es Todesstrafe. Aber auch lebenslange Inhaftierungen bedeuten den allmählichen Tod.

In mehreren Städten entsteht eine neue, kämpferische schwarze Bürgerrechtsbewegung (»Black Lives Matter« u.a.), die an die Kämpfe von Martin Luther King oder Malcom X anknüpfen will. Zudem wächst in den letzten Jahren eine von der US-amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU unterstützte Arbeiter*innenbewegung aus dem Niedriglohnsektor, die auch großen Konzernen wie McDonald's oder Burger King den Kampf angesagt hat und erste Erfolge erzielen konnte.

Die Türkei reagierte mit einem verschärften Sicherheitsgesetz auf die wachsenden Proteste in Istanbul und in anderen türkischen Städten und wandelt sich zum Polizeistaat. Seit Ende März 2015 darf die Polizei bei Demonstrationen scharf schießen, jede Vermummung wird bestraft und der Polizeigewahrsam ohne Kontakt zu einem Anwalt wurde auf 48 Stunden ausgeweitet. Provinzgouverneure können den Notstand ausrufen und dann zum Beispiel jede öffentliche Versammlung verbieten.

Mit der Parlamentswahl am 7. Juni 2015 verlor die Regierungspartei von Staatschef Erdogan AKP die Mehrheit. Damit war die angekündigte Machtausweitung des Präsidenten nicht durchsetzbar. Die prokurdische Partei Demokratische Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi/HDP) war erstmals im Parlament vertreten. Nachdem keine Regierungsbildung durch die AKP zustande kam, sicherte sich Erdogan über die Festsetzung von Neuwahlen am 1. November 2015 die Macht. Die AKP verfügt zwar jetzt wieder über eine Mehrheit im Parlament, aber die Präsidialherrschaft kann sie damit auch jetzt nicht allein durchsetzen.

Der türkische Staat bekämpfte die Kurd*innen im Laufe des Jahres wieder brutaler. Sein Repressionsapparat verfolgt Vertreter*innen der prokurdischen HDP, Kurd*innen,

mutmaßliche PKK-Mitglieder, türkische Linke und linke Journalist*innen.

Am 28. Oktober 2015 stürmte die Polizei die Redaktionen von zwei kritischen Fernsehsendern. Bei einem Selbstmordanschlag auf eine kurdische Friedensdemonstration in Ankara am 10. Oktober 2015 starben 97 Menschen. Es gab mehr als 500 Verletzte. Kurd*innen beschuldigten den türkischen Staat, von den Anschlägen gewusst, die Versammlung jedoch nicht geschützt zu haben.

Frankreich: Bei Anschlägen von Attentätern von Al-Qaida (Jemen) bzw. dem Islamischen Staat (IS) auf die Redaktion von Charlie Hebdo, einer französischen Satirezeitschrift, und auf einen koscheren Supermarkt starben am 7. Januar 2015 in Paris 17 Menschen und weitere wurden verletzt. Der antimuslimische Rassismus der bürgerlichen Mitte wuchs weiter und mit ihm der Antisemitismus und sie machten den neofaschistischen Front National fett. Islamhasser*innen in ganz Europa nutzten den Anschlag für ihre rassistischen Parolen gegen den Islam und Muslime, in Deutschland stürzten sich Pegida und ihre Ableger darauf.

Die Herrschenden nutzten das allgemeine Entsetzen zur Verschärfung des Repressionsapparates, zum Abbau von Menschenrechten und zur Optimierung des Überwachungs-instrumentariums. Der Horrorkatalog reichte von der Ausweitung der Telefon- und Internetüberwachung über Reiseverbote bis zur Hochrüstung der Polizei, besonders von deren Spezialeinheiten bis zum Einsatz des Militärs im Inneren.

Aber auch verschärfte Überwachung und Repressionen konnten die Anschläge des Islamischen Staates (IS) in Paris am 13. November 2015 nicht verhindern. Die Selbstmordattentäter erschossen in Cafes und Restaurants und in der bis vor kurzem von jüdischen Menschen geführten Konzerthalle Bataclan insgesamt 130 Menschen und verletzten 350. Sie zündeten in der Nähe eines Fussballstadions Bomben, eigentlich sollten diese im voll besetzten Stadion explodieren.

Die Angriffe des IS machten wieder mal klar, auf welchem unsicherem Fundament die Freiheit und die Rechte der Menschen in bürgerlichen Demokratien stehen. Der französische Staatspräsident Hollande erklärte den Krieg ("Nous sommes dans la guerre"), als habe ein anderer Staat Frankreich angegriffen, und heizte mit seiner Kriegsrhetorik die Stimmung an. Die Verfassung wurde vom französischen Parlament, angeführt von den Sozialisten ausgehebelt, der Ausnahmezustand auf drei Monate ausgedehnt und weitere Einschränkungen angekündigt. Damit sind Menschenrechte außer Kraft gesetzt. Größere Proteste anlässlich des UN-Klimagipfels vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris konnten nicht stattfinden, da das Demonstrationsrecht ausgesetzt war

Bei der Polizei, der Gendarmerie, der Justiz und beim Zoll werden tausende Stellen neu geschaffen. Der geplante Stellenabbau der Armee wird bis mindestens bis 2019 aufgeschoben. Der Flugzeugträger Charles de Gaulle wurde von der französischen Regierung in das östliche Mittelmeer verlegt, um den Kampf gegen den IS in Syrien zu stärken. Geheimdienstliche Aktivitäten und Cyberabwehr werden ausgebaut. Es gibt wieder Kontrollen an Frankreichs Grenzen, die Freizügigkeit in der EU soll eingeschränkt werden. An Bahnhöfen werden Schleusen für die Kontrolle der Fahrgäste eingerichtet. Nach einer Verfassungsänderung sollen sogar Menschen mit französischem Pass unter bestimmten Umständen an den französischen Grenzen abgewiesen werden und zum Beispiel Syrien-Rückkehrer*innen unter Hausarrest gestellt werden können.

Frankreich forderte bei der EU den »Bündnisfall« nach Paragraph 42, Absatz 7 des Lissabon-Vertrags ein, der eine sogenannte Beistandsverpflichtung benennt, und die Entlastung durch die EU-Mitgliedsstaaten verlangt. Die deutsche Kriegsministerin Ursula von der Leyen bot daraufhin deutsche Tornados für das Aufspüren von Angriffszielen des IS in

Syrien an sowie die Ausweitung des bereits bestehenden Bundeswehreinsatzes in Mali. Die EU-Innen- und Justizminister beschlossen am 20. November 2015 systematische Grenzkontrollen auch für EU-Bürger*innen an den EU-Außengrenzen. Dafür soll die Grenzpolizei auch auf die europaweite Fahndungsdatenbank Schengener Informationssystem (SIS) und Daten der Polizeibehörde Europol oder Interpol zugreifen.

Auch das PNR-System, das europäische System zur Speicherung der Daten von Fluggästen soll im Januar 2016 vom EU-Parlament beschlossen werden. Name, Geburtsdatum, Adresse, Kreditkartennummer, Sitzplatznummer, Flugbuchungen, Allergien, bis hin zu Essenswünschen wären dann für 5 ½ Jahre auf Vorrat gespeichert. Diese zunehmend totale Massenüberwachung wird wieder einmal mit Terroristenüberwachung gerechtfertigt, die bürgerliche Freiheit weiter ausgehöhlt.

Die Pariser Anschläge vom November 2015 verschärften in der BRD die Hetze gegen Flüchtlinge. Horst Seehofer und Markus Söder (CSU), brachten die Anschläge in Verbindung mit den offenen Grenzen für Geflüchtete. Sie stellten Flüchtlinge unter Generalverdacht und spielten AfD und Pegida in die Hände. Frauke Petry (AfD) rief den Terror-Notstand für Deutschland aus und Pegida Dresden will, dass »die Asylanten-Lawine gestoppt wird« und verschlimmerten damit die Lage der Geflüchteten.

Bereits nach den Pariser Anschlägen im Januar 2015 wurde in Deutschland bei der Bundespolizei eine neue Anti-Terror-Einheit aufgebaut, die eine angebliche Lücke zwischen Bereitschaftspolizei und Eliteeinheit GSG9 schließen soll, aber auch bei der alltäglichen Polizeiarbeit für die Repression eingesetzt werden kann. Ende 2018 sollen jeweils 50 Polizist*innen als Teil der Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften der Bundespolizei an fünf Standorten in Berlin, Uelzen, Sankt Augustin, Hünfeld und Bayreuth stationiert sein, ausgestattet mit Hubschraubern für eine schnelle Einsatzfähigkeit bundesweit. Die erste Einheit soll Ende 2015 am Standort der Bundespolizei Blumberg bei Berlin einsatzbereit sein.

Der Deutsche Bundestag beschloss am 12. Juni 2015 die Ergänzung des § 89 Strafgesetzbuch »Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat« und SPD-Justizminister Heiko Maas brüstete sich damit, dass Deutschland damit eines der »schärfsten Terrorismus-Strafgesetze in ganz Europa« habe. In der BRD kann künftig bis zu zehn Jahren in den Knast gehen, wer einen Reiseversuch in ein Gebiet unternimmt, in dem sich zum Beispiel ein Terrorcamp befindet. Die Finanzierung von Reisen, die dazu dienen, »schwere staatsgefährdende Gewalttaten« zu begehen, deren »vorsätzliche Organisation« oder eine sonstige Beihilfe bei derartigen Reisen ist gleichfalls strafbar. Der Entzug des Personalausweises soll Verdächtige daran hindern, auszureisen. Außerdem gelten geringste Spenden schon als strafbare Terrorismusfinanzierung. Die unterstellte *Absicht* einer Straftat wird mit der *Ausführung* einer Straftat gleichgestellt. Damit wird jede Rechtssicherheit ausgehebelt und eine willkürliche Rechtsprechung und Verurteilung eingeführt.

Mit der Reform des Verfassungsschutzgesetzes, Anfang Juli 2015 vom Bundestag beschlossen, ist erstmals in der BRD in einem Gesetz festgeschrieben, dass V-Leute des Verfassungsschutzes straffrei Straftaten begehen können – »szenetypische« natürlich, um nicht aufzufliegen –, beispielsweise der Hitlergruß zum Staatswohl! In Hamburg flog erneut eine Frau auf, die jahrelang in der linken Szene als Spitzel aktiv war, sie für den Verfassungsschutz ausspähte und offensichtlich Menschen zu Straftaten anstiften wollte.

Immer mehr derjenigen, die gegen die herrschenden Zustände protestieren und Widerstand leisten, werden entgegen bestehender gesetzlicher Vorschriften kriminalisiert und stehen einem hochgerüsteten Polizeiapparat gegenüber, der fortlaufend ausgebaut wird. In der

Datei »Politisch motivierte Kriminalität – Links« des Bundeskriminalamts (BKA) waren im Oktober 2012 über 3800 Personen aufgelistet. Nach Kritik des Bundesdatenschutzbeauftragten Peter Schaar im Jahr 2012 listete das BKA dann im Mai 2015 offiziell nur noch 331 Personen auf. Das Bundeskriminalamt hatte in der Datei seit 2008 auch Teilnehmer*innen an Sitzblockaden, vermeintlich linken Versammlungen und deren Anmelder*innen gespeichert. Das war rechtswidrig, weil Demonstrationen ein Grundrecht und Sitzblockaden grundsätzlich legal sind.

In Weinheim/Bergstraße protestierten am 21. November 2015 um die 2.500 Menschen gegen den dort stattfindenden NPD-Parteitag. Größere Gruppen versuchten, indem sie Zufahrtstraßen blockierten, die Anreise der Nazis zu verhindern. Wie brutal die Polizei diese Blockadeversuche unter Einsatz von Knüppeln, Reizgas und Wasserwerfern bei 5 °C Kälte auflöste wurde vielfach dokumentiert. Im kalten Regen wurden Antifaschist*innen über sechs Stunden in einem Polizeikessel gefangen gehalten. Die Polizei griff sogar noch die von ihr selbst gekesselten Demonstrant*innen an. Bilanz des Tages waren 140 Verletzte, einige mussten ins Krankenhaus, eine Verletzte wurde mit Verdacht auf Halswirbelbruch eingeliefert. Rund 200 Aktivist*innen wurden festgenommen, mit Kabelbindern gefesselt und ins 20 km entfernte Mannheim verfrachtet.

Nachdem in Hessen Polizist*innen mit Schulterkameras ausgerüstet worden waren, wurden entsprechende Pilotprojekte in Baden-Württemberg, Hamburg und Bremen gestartet. In Hessen beschloss die CDU/Grüne-Landesregierung am 24. September 2015 auch die Zulässigkeit von Tonaufnahmen. Die Polizei kann jetzt jederzeit nach eigenem Ermessen filmen. Der Berliner Senat verdoppelte am 26. März 2015 den sogenannten Unterbindungsgewahrsam von 48 Stunden auf 96 Stunden. Das sind vier Tage Knast, weil der Staat, die Polizei meint du könntest dich vielleicht kriminell betätigen. Die Ausstattung von Polizist*innen mit Maschinenpistolen gehört wieder öfter zum alltäglichen Bild. In Hannover folterte ein Bundespolizist wiederholt Migrant*innen. Übergriffe der Polizei gibt es nicht nur gegen Migrant*innen oder Obdachlose, auf Demonstrationen oder bei Aktionen des zivilen Ungehorsams, sie sind vielmehr Teil des polizeilichen Alltags. Der löchrige Rechtsstaat mit seiner Unschuldsvermutung wird weiter demontiert. Der Überwachungs- und Polizeistaat in Aktion, durch Gesetze und Verordnungen legitimiert, ist längst Realität, aber in der Praxis gibt es noch einige demokratische Hemmnisse.

Ungehindert schnüffeln Geheimdienste alles und jeden über das Internet aus. Auch 2015 wurden weitere Ausspähaktionen der NSA bekannt, von denen deutsche Konzerne betroffen waren. Der BND unterstützte die NSA dabei. Die USA untersagte dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages die Einsicht in die sogenannte Selektorenliste mit hunderttausenden Suchbegriffen. Zu den Bösen gehört aber eben nicht nur die NSA: auch der deutsche BND spähte bis Herbst 2013 europäische Botschaften, EU-Institutionen und US-Behörden aus.

Die Polizei nutzt schon jetzt immer öfter die Rasterfahndung über Funkzellenabfragen von Millionen Datensätzen. Anstatt alles zum Schutz des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung zu tun, beschloss der Bundestag im Gegenteil erneut die Vorratsdatenspeicherung. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2010 die Vorratsdatenspeicherung für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt und auch der Europäische Gerichtshof hatte 2014 festgestellt, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung nicht mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbar ist. Trotzdem hat die SPD auf ihrem Parteikonvent im Juni 2015 ihren Widerstand dagegen aufgegeben. Nun müssen Telekommunikationsunternehmen Telefon- und Internetverbindungsdaten 10 Wochen lang und die Standortdaten von Handys 4 Wochen lang speichern.

Die Bundeswehr agiert, deutschen Kapitalinteressen gemäß, weltweit in unterschiedlichen Konstellationen wie den EU-Battlegroups (EUBG), in der schnellen Eingreiftruppe der NATO oder im Rahmen von UN-Mandaten. Seit 1992 wird die Bundeswehr im Ausland eingesetzt. Von den insgesamt dort eingesetzten 380.000 Soldat*innen bezahlten 116 das mit ihrem Leben. Verteidigungsministerin von der Leyen baut, im Auftrag der CDU/SPD-Bundesregierung, die internationale militärische Beteiligung der Bundeswehr aus. Die verteidigungspolitischen Richtlinien werden derzeit wieder einmal überarbeitet und sollen im Sommer 2016 beschlossen werden.

Der Bundestag beschloss im Jahr 2015 mehr als 5.500 Soldat*innen zu Einsätzen ins Ausland zu schicken. Zusätzlich werden 1.200 Bundeswehrsoldat*innen in den Kampfeinsatz nach Syrien geschickt, wo u.a. deutsche Tornados von der Türkei aus mit Aufklärungsbildern dazu beitragen werden, in Syrien gezielt zu morden. Bisher hatte die Bundeswehr Waffen und Ausrüstung geliefert sowie Peschmerga-Kämpfer militärisch ausgebildet. Nur Teile der Grünen sowie die Linkspartei lehnten im Bundestag den Kriegseinsatz ab. Die grundsätzliche Ablehnung der Linkspartei von Kriegseinsätzen bröckelt jedoch. In Vorbereitung einer angestrebten Regierungsbeteiligung 2017 forderte Gregor Gysi zu prüfen, welcher Kriegseinsatz denn wirklich als Kriegseinsatz einzuordnen sei und Bodo Ramelow, der Thüringer Ministerpräsident sieht die Bundeswehr gar als notwendige Verteidigungsarmee und den Pazifismus als untaugliches Konzept »für eine Nation wie Deutschland«.

Den sogenannten Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Bundeswehr hat der Bundestag ausgehöhlt. Das Bundesverfassungsgericht urteilte im September 2015, dass Kriegseinsätze der Bundeswehr, die wegen Gefahr in Verzug ohne Parlamentsbeschluss durchgeführt wurden, auch nachträglich nicht vom Bundestag zu beschließen sind, wenn der Einsatz zum Zeitpunkt der möglichen Beschlussfassung bereits wieder abgeschlossen worden ist. Damit können zukünftig Einsätze der Bundeswehr ohne parlamentarische Kontrolle durchgeführt werden, wenn sie nur schnell genug wieder beendet werden.

Im Interesse einer aggressiven Außenpolitik Deutschlands und EU-Europas wird die Bundeswehr modernisiert und aufgerüstet. Nach den in den letzten Jahren aufgedeckten Mängeln bei der vorhandenen Ausrüstung sowie zunächst missglückter Anschaffungsprojekte wie der Euro-Hawk-Drohne 2013 hat die Verteidigungsministerin von der Leyen 2015 diverse Projekte auf den Weg gebracht, um die Bundeswehr für ihre weltweiten Einsätze hochzurüsten. Für den deutschen Kriegsetat soll ab 2017 dafür auch noch mehr Geld geben. Die Obergrenze von 225 Leopard 2-Panzern in der Bundeswehr wurde auf 328 erhöht, bereits ausgemusterte Leopardpanzer wurden zurückgekauft und werden modernisiert. Das in die Kritik geratene Sturmgewehr G36 wird ausgemustert und durch ein neues Gewehr ersetzt. Das Luftabwehrsystem der Patriot-Raketen wird bis 2025 ersetzt durch das milliardenteure Waffensystem Meads (Medium Extended Air Defense System) des europäischen Rüstungskonzern MBDA-Systems und des US-Konzerns Lockheed Martin. Auch eine sogenannte Cyberverteidigung der Bundeswehr soll entwickelt werden, damit Krieg zukünftig digital geführt werden kann. Auch der US-Geheimdienst National Security Agency (NSA) gibt nicht nur Unsummen für das digitale Schnüffeln aus, sondern investiert schon seit Jahren in die Entwicklung von digitalen Waffen, um Angriffe auf gegnerische Computernetzwerke durchzuführen.

Unbemannte Drohnen sind schon heute Standardwaffen mörderischer Kriegsführung. Sie perfektionieren das Ausspähen und Bombardieren, Zerstören und Töten, ohne dass die eigenen Soldat*innen in Gefahr gebracht werden. Für die Bundeswehr werden neben schon bestellten fünf Stück Euro-Hawk-Drohnen für große Höhen und den weltweiten Einsatz auch noch Drohnensysteme für eine mittlere Höhe und Reichweite sowie für den Nahbereich beschafft. Unter dem Namen Husar (»hocheffizientes unbemanntes System zur Aufklärung

mittlerer Reichweite«) werden die Anforderungen für Aufklärungsdrohnen mit einer Reichweite bis zu 100 km erforscht. Sie sollen 2018 für Heer und Marine zur Verfügung stehen. Die Regierungen von Deutschland, Italien und Frankreich unterzeichneten im Mai 2015 eine Vereinbarung für eine Entwicklungskonzeption für bewaffnungsfähige Drohnen mittlerer Höhe und Reichweite. Ziel ist es auch, EU-Konzernen den Einstieg in den weltweiten, profitablen Markt mit den Drohnen für den zivilen wie militärischen Bereich zu ermöglichen. Die EU will ab 2016 schrittweise Drohnen im zivilen Luftraum zulassen. Während sich bei der militärischen und polizeilichen Nutzung Widerstand regt, werden Drohnen im zivilen Luftraum noch viel zu wenig problematisiert.

Im Rahmen bilateraler Kooperationen hat die Bundesrepublik 2015 ihre militärische Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn und den baltischen Staaten verstärkt. Die Bundeswehr schickte mehr als 5.200 Soldat*innen zu Übungen in diese Länder.

Der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, warf im März 2015 die Idee einer europäischen Armee wieder einmal in die Runde. Er stieß bei deutschen CDU/CSU/SPD-Politiker*innen auf positive Resonanz und auch in den Reihen der Grünen fanden sich mit Cem Özdemir und Omid Nouripour Befürworter dieses militärischen Projekts. Längst aber wird gemeinsames militärisches Handeln der EU-Staaten trainiert, zum Beispiel mit den Einsätzen von Frontex bei der Sicherung der Außengrenzen EU-Europas oder bei der angeblichen Jagd auf Schleuser im Mittelmeer im Rahmen der EU-Mission EUNAVFOR, jetzt Operation Sophia genannt, unter Beteiligung der deutschen Marine vor libyschen Hoheitsgewässern.

Vom 28. September bis 6. November 2015 führte die NATO (North Atlantic Treaty Organization) das größte Manöver seit 2002 durch und ließ unter dem Motto »Trident Juncture« 36.000 Soldat*innen aus allen Mitgliedsstaaten, sieben Partnerationen und sieben Nationen im Beobachterstatus einen Mehrfrontenkrieg üben. Das Manöver fand u. a. in Italien, Portugal, Spanien und in angrenzenden Seegebieten statt. Trainiert wurde auch die schnelle NATO-Eingreiftruppe (NATO Response Force, NRF) und der Einsatz der NATO-Speerspitze (Very High Readiness Taskforce). Die schnelle Eingreiftruppe wurde 2015 angesichts der von NATO und EU mitzuverantwortenden Konflikte in der Ukraine von 25.000 auf 40.000 Soldat*innen aufgestockt. Diese Manöver provozieren Russland und erinnern an den Kalten Krieg.

Stützpunkte von zentralen NATO-Kommandoeinheiten liegen in der BRD. Von Ramstein aus führt die USA ihren weltweiten Drohnenkrieg, dort liegt das Luftwaffenkommando aller NATO-Staaten und damit auch die Einsatzzentrale für die derzeit im baltischen Luftraum patrouillierenden deutschen Eurofighter, die 2015 entlang der Grenzen zu Russland erstmals voll bewaffnet flogen. Sie nutzten dort außerdem die Gelegenheit, mit scharfen Waffen »umzugehen«, was über deutschem Territorium nicht zugelassen ist.

Auf dem Fliegerhorst der Bundeswehr in Büchel (Rheinland-Pfalz) lagern seit Jahren US-amerikanische Atombomben, die mit neuen Atomsprengköpfen und Steuerungseinheiten ausgerüstet werden. Die dort stationierten deutschen Tornado-Bomber können damit bestückt werden und im Einsatzfall könnten die US-Atombomben von deutschen Piloten übernommen werden.

Gegen die Militarisierung, Aufrüstung und gegen die weltweit geführten Stellvertreterkriege von EU-Staaten, NATO und USA gibt es meist standortgebundene Proteste. Unter dem Motto »War starts here« fand vom 25. Juli bis zum 3. August 2015 auch in diesem Jahr ein Protestcamp mit ca. 100 Teilnehmer*innen am Truppenübungsplatz Altmark statt. Der Protest richtete sich auch gegen das Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger-

Heide und gegen Waffenexporte. Am 1. Oktober 2015 »besetzten« etwa 40 Aktivist*innen den Truppenübungsplatz Altmark. Nach mehreren Stunden im Sperrgebiet wurden sie von der Polizei geräumt und erhielten Platzverweise. Zwei Tage später gab es Proteste an der NATO-Kommandozentrale in Kalkar unter dem Motto »Der Krieg beginnt hier und hier muss er gestoppt werden«.

Am 11. November 2015 feierte sich die Bundeswehr anlässlich 60 Jahren Bundeswehr und deutscher Wiederbewaffnung mit einem sogenannten Großen Zapfenstreich samt Marschmusik und Fackelträger*innen vor dem Berliner Reichstag. Gegner*innen wurden durch weiträumige Absperrungen auf Abstand gehalten. 300 Menschen protestierten unter dem Motto »Zapfenstreich abpfeifen – Bundeswehr auflösen! 60 Jahre Bundeswehr – Kein Grund zu feiern«.

Weltweit wurden 2014 insgesamt 1.776 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben. Von 2005 bis 2014 steigerte China seine Rüstungsausgaben um 167 Prozent, Saudi Arabien um 112 Prozent, Russland um 97 Prozent und Indien um 39 Prozent. Davon profitieren auch die deutschen Rüstungskonzerne: Deutsche Waffen in alle Welt! Deutschland belegt, hinter den USA, Russland und China, weltweit den 4. Platz der Länder mit den höchsten Rüstungsexporten. Im ersten Halbjahr 2015 hat die Bundesregierung mit einer Gesamtsumme von 6,5 Milliarden Euro so viele deutsche Rüstungsexporte genehmigt wie im gesamten Jahr 2014, obwohl SPD-Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel noch Mitte 2014 behauptet hatte, Rüstungsexporte einschränken zu wollen. Deutsche Rüstungskonzerne lieferten Rüstungsgüter aller Art in EU- und NATO-Staaten sowie Schiffe, Spürpanzer, sonstige Fahrzeuge, Bauteile oder Schutzausrüstungen nach Syrien, Russland, Saudi-Arabien, Kuwait. Deutsche Kleinwaffen wie Pistolen oder Gewehre gingen in die Schweiz, die Niederlande, Frankreich und die USA, 3.000 Maschinenpistolen in die Vereinigten Arabischen Emirate.

Der Klimawandel, die Erderwärmung führt zu einem deutlich schnelleren Meeresspiegelanstieg als bisher angenommen. Der westantarktische Eisschild ist instabil geworden. Das Abgleiten in den Ozean ist nicht mehr zu stoppen. Langfristig steigt allein dadurch der Meeresspiegel um 1 Meter steigen. Passiert das auch im Hinterland der Westantarktis steigt der Meeresspiegel um 3 1/2 Meter. Die gewaltigen Eismassen in der Ostantarktis oder in Grönland sind noch nicht instabil. Bis 2040 steigt der Meeresspiegel voraussichtlich um 20 cm. Besonders betroffen sind kleine Inseln im Pazifik und der Karibik. Schon jetzt werden einige von ihnen überschwemmt, einzelne Atolle sind bereits überflutet. Küstenregionen und Städte wie Tokio und Singapur sind vom Versinken bedroht. Mehr als 150 Millionen Menschen leben in den bedrohten Gebieten und ihr Überleben hängt auch von ihrer Klassenzugehörigkeit ab. Die Armen trifft es am härtesten, da sie noch weniger als bisher Zugang zu Wasser, Nahrung, medizinischer Versorgung haben und zur Flucht in höher gelegene Regionen kaum in der Lage sein werden.

Das kontinuierliche Abschmelzen des gefrorenen Meereswasser der Arktis ermöglicht die Plünderung dieses sensiblen Ökosystems durch die Anrainerstaaten. Bis zu einem Viertel aller weltweiten Öl- und Gasvorkommen sowie wertvolle Metalle, Diamanten und seltene Erden werden in der Arktis vermutet. Außerdem geht es um neue Seewege und reiche Fischgründe. Norwegen, Dänemark und Russland haben bei der UN bereits formal Gebietsansprüche angemeldet, selbstverständlich auch auf die darunter liegenden Rohstoffe. Im »Arktischen Rat« sind u. a. die Anrainerstaaten vertreten, die territoriale Ansprüche erheben. Offiziell geht es vorrangig um den Schutz der Arktis und Maßnahmen gegen den Klimawandel. Die deutsche Bundesregierung hat im Arktischen Rat Beobachterstatus.

Immer mehr Umweltaktivist*innen werden Opfer der weltweiten kapitalistischen Ausbeutung.

2014 wurden nur in Brasilien, Kolumbien, Honduras und den Philippinen 116 Umweltaktivist*innen ermordet. Die meisten waren Indigenas. Sie hatten für den Erhalt ihrer Existenzgrundlagen gekämpft, gegen Staudämme, Bergbauprojekte und gegen rabiaten Flächenverbrauch für die industrielle Landwirtschaft.

Die CO₂-Emissionen werden durch die Autokonzerne weiter angefeuert. Der Güterverkehr mit LKWs wird weiter aus-, der Güterverkehr auf der Schiene abgebaut. Bis zu 25m lange Riesen-LKWs, sogenannte Giga-Liner, dürfen bereits im Testbetrieb fahren.

Die Vergiftung der Atemluft durch Feinstaub und Stickoxide aus Autos, und hier besonders aus Dieselfahrzeugen, wurde durch Manipulationen bei Abgasuntersuchungen verschleiert. Um die Konzernprofite zu steigern, hatte VW bei etwa drei Millionen Autos vorsätzlich Betrugssoftware eingebaut, die die Abgaswerte nach unten manipuliert. Dieses Vorgehen, von US-Behörden aufgedeckt und in Deutschland gedeckt und immer noch verharmlost, ist wahrscheinlich nur die Spitze eines Eisberges. Der vollständige Umfang ist unbekannt.

Stickoxide tragen zur troposphärischen Ozonbildung (Sommersmog) und zur Klimaerwärmung bei, sie verursachen u. a. Atemwegserkrankungen und schwächen den Kreislauf. Feinstaub ist schon in kleinen Dosierungen gefährlich, verkürzt die Lebenserwartung und verursacht Krebs.

Auf Grund von Feinstaub und Ozon sterben in Europa jährlich 180.000 Menschen vorzeitig, 35.000 in Deutschland, weltweit sind es 3,3 Millionen Menschen. Anfang Dezember 2015 stiegen die Werte für Feinstaub-Belastung in Peking auf über 400 Mikrogramm pro Kubikmeter und in Neu Delhi auf 700 Mikrogramm. Zum Vergleich: In der EU gelten 50 Mikrogramm als gerade noch tragbar und selbst das ist viel zu viel. Auch in deutschen und europäischen Metropolen werden diese Werte regelmäßig überschritten.

Der Energiekonzern RWE will im rheinischen Braunkohlerevier Garzweiler bis 2045 Braunkohle fördern. Greenpeace, Campact und der BUND wollen trotz Klimaerwärmung, steigenden CO₂-Emissionen, Trinkwassergefährdung und Zwangsumsiedelungen den Tagebau erst 2030 schließen. Für den sofortigen Kohleausstieg organisierte die Kampagne »Ende Gelände« vom 15. bis 16. August 2015 Widerstand. Nachdem sich vorher Menschen an den Schienen festbetoniert hatten und den Abtransport der Kohle für mindestens 12 Stunden verhinderten, schafften es mehrere hundert Aktivist*innen an Polizeiketten vorbei in den Tagebau zu gelangen. Eine Gruppe besetzte das Fahrwerk eines der großen Schaufelradbagger. Für zwei Tage wurden drei Kohlebagger lahmgelegt. Das war die bisher erfolgreichste Aktion gegen den größten Braunkohletagebau Europas!

Der Polizeieinsatz war brutal. Aktivist*innen wurden mit Pfefferspray gefährlich nah an ein laufendes Förderband gedrängt und Polizist*innen setzten Schlagstöcke ein. RWE hatte eine Deeskalationsstrategie abgelehnt und RWE-Mitarbeiter*innen halfen tatkräftig beim Einkesseln der Demonstrant*innen. RWE stellte der Polizei geländegängige Fahrzeuge zur Verfügung. Es war auch Bundespolizei eingesetzt. Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken »2015 – Völkische Bewegungen und nationalistische Staatspropaganda« wurde auch im Rahmen dieser Aktionen verteilt.

Kohle als billiger Energieträger ist noch reichlich vorhanden und wird von jeder Bundesregierung gefördert. Die geplante sogenannte Klimaabgabe für besonders dreckige Kraftwerke ist vom Tisch.. 2008 genehmigte eine grüne Umweltsenatorin in der grün-roten Hamburger Landesregierung das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg. Im Februar 2015 ging das Kraftwerk ans Netz. Im Kohlehafen am Kraftwerk Moorburg hatte es am 11. Juli 2015 Proteste gegeben.

Das AKW Grafenrheinfeld wurde laut Ausstiegsprogramm der CDU/CSU/SPD-Regierung planmäßig im Juni 2015 abgeschaltet. Aber Grafenrheinfeld bleibt weiterhin Atomstandort. Dort wird mindestens bis zum Jahr 2046 Atommüll zwischengelagert. Noch immer sind in Deutschland acht Atomkraftwerke (AKWs) am Netz und produzieren permanent radioaktive Strahlung, auch im ungestörten Normalbetrieb. Eine neue Langzeitstudie über Arbeiter*innen in AKWs beweist erneut, dass jede Strahlung Krebs auslösen kann. Unter den Arbeiter*innen, die einer angeblich verhältnismäßig niedrigen und somit als unbedenklich verharmlosten Strahlendosis ausgesetzt waren, starben fünfmal mehr an Leukämie als bisher zugegeben.

Die atomkapitalfreundliche staatliche Kommission »Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe« (Endlagersuchkommission) hat ihre Arbeit aufgenommen. In einer der drei Arbeitsgruppen sollen Kriterien für die Endlagerung festgelegt werden. Den Vorsitz in dieser Arbeitsgruppe hat Michael Sailer, ein ehemals linker Anti-AKW-Aktivist, der sich in den letzten Jahren immer mehr in die Atompolitik der Herrschenden einbinden ließ. 2014 hatten der BUND und die Deutsche Umweltstiftung entgegen des Votums der Anti-AKW-Bewegung je einen Vertreter in die Kommission geschickt. Die Entsendung des BUND-Vertreters in die Kommission wurde von der eigenen Basis erst nach eineinhalb Jahren legitimiert. Der bisherige Sprecher der AG Schacht Konrad, Peter Dickel, der bisher als entschiedener Gegner der Atompolitik und Aushängeschild der Anti-Atom-Initiativen galt, hat einen Werkvertrag bei der staatlichen Kommission angenommen.

Bei der Atommüll-Konferenz am 19./20. September 2015 wurde dieses scharf kritisiert. Außerdem gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen der BI Lüchow-Dannenberg und der AG Schacht Konrad über die richtige Strategie, diese beiden Standorte als mögliches Endlager zu verhindern. Gorleben wird als einziger Standort im Standortauswahlgesetz genannt. Schacht Konrad wiederum ist der einzige genehmigte Standort für ein Atommüllendlager. Obwohl die Kommission standortunabhängig beraten soll, werden Gorleben und Schacht Konrad immer wieder ins Spiel gebracht. Mit ihrer Existenz und mit ihrer Arbeit wirkt die Kommission spalterisch in die Bewegung hinein.

Vier Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima erklärte die japanische Regierung die Evakuierungsgebiete für dekontaminiert und hob die Evakuierung für die meisten Gebiete in der Region ab März 2016 auf. Ein Jahr später sollen auch die Hilfszahlungen an die Evakuierten auslaufen, so dass die ärmeren Menschen gezwungen sind, in die verstrahlten Gebiete zurückzukehren. Sie haben keine andere Wahl. Die Umgebung von Fukushima wird aber auf unabsehbare Zeit verstrahlt und unbewohnbar bleiben. Greenpeace hatte in den freigegebenen Gebieten 10fach höhere Werte über dem sowieso schon viel zu hohen Grenzwert gemessen. Dem Atomstaat Japan ist das gleichgültig. Die Regierung will ein Fünftel der Energieversorgung durch Atomstrom gesetzlich festschreiben. Das AKW Sendai wurde im August wieder in Betrieb genommen. Viele Menschen protestierten dagegen. Zum Fukushima-Jahrestag gab es Protestkundgebungen in Neckarwestheim und Düsseldorf mit einigen Tausend Menschen.

Die Kritik an der Gentechnologie und der Widerstand gegen sie richten sich überwiegend gegen Anwendungen in der Landwirtschaft. Eine Klage des BUND und zweier Biobetriebe gegen einen positiven Bescheid des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) verhinderte – vorerst – die Aussaat einer, mit einer neuen Technik (oligonukleotid-gesteuerte Mutagenese) gentechnisch manipulierten Raps-Sorte des US-Konzerns Cibus mit herbizidresistenter Eigenschaft. Wie die neue Technik auf EU-Ebene bewertet wird, steht noch aus. Es ist abzusehen, dass mit den geplanten

Freihandelsabkommen Ceta und TTIP Verbote durch EU-Gesetze ausgehebelt werden. Dadurch wird genmanipuliertes Saatgut weltweit schneller verbreitet werden können.

Das massenhafte Aussetzen gentechnisch manipulierter männlicher Moskitos mit eingebauter Sterblichkeit schon im Larvenstadium für die Nachkommen soll Krankheiten wie das Dengue-Fieber, z. B. in Brasilien, der Karibik und in Malaysia reduzieren. Diese Freisetzungen von gentechnisch manipulierten Organismen sind nicht rückholbar. Die Gentechnologie hat mit ihrem sich selbst vermehrenden Risiko ein unkalkulierbares Zerstörungspotenzial. Mittels Crispr-Cas9-Technik («Crisper») ist inzwischen auch ein neues universelles molekulares Werkzeug geschaffen worden, das Eingriffe in die menschliche Keimbahn vereinfacht und beschleunigt. Damit wird die gentechnische Programmierung des Menschen nach kapitalistischen Verwertungskriterien erleichtert. Für das Gentech-Kapital sind das profitable Aussichten. Chinesische Gendesigner*innen erzeugten bereits menschliche Embryonen mit gentechnisch manipuliertem Erbgut mit Hilfe von Crispr-Cas9-Technik.

Die Vergiftung der Ozeane geschieht schleichend und stetig. Neben der radioaktiven Verseuchung seit Tschernobyl und Fukushima nimmt die Belastung durch Kunststoff zu. Inzwischen sind Plastikpartikel im Meersalz nachgewiesen worden. Jedes Jahr gelangen zwischen fünf und dreizehn Millionen Tonnen Plastik in die Meere, das sich dort zum Beispiel mit krebserregenden Giftstoffen wie DDT verbindet. Dazu kommen u. a. Quecksilber aus Kohlkraftwerken und Pestizide ins Meer. Im Wasser wird das Nervengift Quecksilber zu Methyl-Quecksilber umgebaut und ist hundert Mal giftiger. Thunfisch ist so stark belastet, dass die Hälfte der Fänge nicht verkauft werden dürften. Die EU-Kommission will unsere weitere Vergiftung legalisieren und den Grenzwert von einem auf zwei Milligramm Quecksilber pro Kilo Fisch anheben.

Die EU-Zulassungsbehörde EFSA (European Food and Safety Authority) hat kein Problem mit der Neuzulassung des Glyphosat-haltigen Totalherbizides Round-up. Die WHO hatte Glyphosat in die Kategorie »wahrscheinlich krebserregend«, die zweithöchste der fünf WHO-Kategorien für Krebsrisiken in Wirkstoffen, und als erbgutschädigend eingestuft. Das Bundesministerium für Risikobewertung und Verbraucherschutz sieht keinen Hinweis auf ein Krebsrisiko. Großabnehmer von Glyphosat sind neben der Landwirtschaft die Deutsche Bahn und die Bundeswehr.

In Hessen finden am 6. März 2016 Kommunalwahlen statt. In Frankfurt am Main tritt die Wählervereinigung ÖkoLinX-Antirassistische Liste (ÖkoLinX-ARL) mit einer Kandidat*innenliste von 52 Menschen für das Stadtparlament im Römer und mit weiteren Listen für drei Ortsbeiräte an (OBR 1: Altstadt, Innenstadt, Gallus, Bahnhofs-, Gutleut- und Europaviertel; OBR 3: Nordend, OBR 4: Bornheim und Ostend).

Die politische, soziale und berufliche Zusammensetzung der ÖkoLinX-ARL-Kandidat*innenliste ist so interessant wie nie. Noch nie war das Interesse an der Kandidatur von ÖkoLinX-Antirassistische Liste so groß wie jetzt. Natürlich wurde und wird das Projekt von Mitgliedern des BundessprecherInnenrats der Ökologischen Linken aktiv unterstützt. Wir wünschen unseren Genoss*innen und ihren Freund*innen viel Erfolg und endlich Fraktionsstärke im Römer.

Schwerpunkte des Wahlkampfes werden Armut/soziale Frage und Ökologie, Wohnen und Stadtplanung und der Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus sein. In Frankfurt kandidieren voraussichtlich 6 bis 7 rassistische, völkische oder faschistische Listen für den Römer und sie werden vermutlich fast alle auch im Römer vertreten sein.

Schon als sogenannte fraktionslose Stadtverordnete konnten Jutta Ditfurth und Manfred Zieran als Ortsbeiratsmitglied und ehrenamtlicher Geschäftsführer im Römer in den letzten 5 Jahren politischen Einfluss nehmen, der über ihre quantitativ marginale Funktion hinausging. Sie beteiligten sich an außerparlamentarischen Projekten und Bürger*innen-Initiativen, von antifaschistischen Aktionen gegen Montagswahnwichtel, Pegida, AfD, BFF und anderen Rechtspopulist*innen und Nazis bis hin zu Baumrettung und Stadtteilplanung, von der Schulsanierung bis zur Ideologiekritik, vom Kampf gegen Gentrifizierung und für bezahlbaren Wohnraum bis zum Umgang mit Geflüchteten.

Dem Kapital den Weg in die Barbarei abschneiden!

Anmerkungen:

[1]

DVD 01: Jutta Ditfurth & Thomas Ebermann: »Moderner Antisemitismus, Querfront und völkische Bewegung«. Vorträge vom 27.2.2015 im Kafe Marat, München (DVD, 105 Min.)

Direkt zur Bestellung:

<http://www.jutta-ditfurth.de/allgemein/bookstore.htm#Film01Antisemitismus>

DVD 02: Jutta Ditfurth & Thomas Ebermann: »NIE WIEDER DEUTSCHLAND!«. Vorträge vom 3.10.2015 im Gewerkschaftshaus, Frankfurt/Main (DVD, 114 Min.)

Direkt zur Bestellung:

<http://www.jutta-ditfurth.de/allgemein/DVDNieWiederDeutschland.ht>